

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh

## Basij und sein Erbe.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß  
Nikola Basij Freitag früh einem Herz-  
schlag erlegen ist.

Neben dem „Tiger“ Clemenceau,  
der sich grollend auf sein Altenteil zurückgezo-  
gen hat, war Nikola Basij der älteste Staats-  
mann Europas. Er war auch eine der reprä-  
sentativsten Gestalten der europäischen Politik  
und ähnlich wie der Tiger auch zu einem guten  
Teil der Patriarch, der väterlich für sein  
Land sorgte, es aber auch mit der ganzen Will-  
für eines altrömischen Familienvaters zück-  
te, es zu klassischem Gehorsam zwang, wenn  
keine „höhere Einsicht“ sich nicht mit dem be-  
schränkten Verstande der Untertanen deckte.  
Nicht nur ein Zeitgenosse Bismarcks und An-  
drassy's ist er in ein Jahrhundert hineingewach-  
sen, das anderen Idealen lebt, in anderen  
Kampfaben denkt, hat er tätig und treibend eine  
Staatsumwälzung erlebt, die ihm und seinem  
Land in Europa eine neue größere Stellung  
schuf und gleichzeitig den größeren Staat der  
Südslawen als weniger wichtigen Faktor in  
die europäische Politik einreichte. Daß aber  
Serbien vor dem in den Jahren seines Wer-  
dens oft zum Mittelpunkt der Interessen der  
sechs Großmächte wurde, daß die Welt sich mit  
dem Zweimillionenstaat der serbischen Bauern  
beschäftigen mußte, das war nicht nur das Er-  
gebnis der natürlichen Entwicklung, sondern  
auch der Politik der bürgerlichen Klasse Ser-  
biens und ihres Führers.

In den Sechziger und Siebziger Jahren  
brachten nach Serbien Maschinen und indu-  
strielle Produkte nicht mehr als Karavaten, son-  
dern als Verbrauchs- und Produktionsmittel  
ein. Die serbischen Studenten gingen nicht mehr  
vereinzelt nach Deutschland und Frankreich,  
sondern sahen die Schulung an den Universi-  
täten und technischen Anstalten des Westens  
als selbstverständlich an. Das Volk serbischer  
Bauern, seit einem Jahrhundert von der drück-  
enden Last der türkischen Tyrannei befreit,  
gebar, mit wachsender wirtschaftlicher Erholung  
fruchtbarer werdend, zahlreiche Minder- und  
gebar damit eine neue Klasse, eine Klasse  
industrieller Arbeiter und kapitalistischer Un-  
ternehmer. Die neuen Formen der Wirtschaft  
waren durch Sade und Drama nicht mehr in  
ihrem Vordringen aufgehalten. Geheimt durch  
die Landwirtschaft der faulen und unfähigen  
Obrigkeit, durch die Enge der Grenzen, durch  
den türkischen Druck, der sich erst nach dem Ber-  
liner Kongress von 1878 zu lösen begann,  
wuchs langsam und mühevoll, aber ebenso un-  
aufhaltsam, der Kapitalismus in Ser-  
bien empor.

Um diese Zeit, nach dem russisch-türkischen  
Krieg und dem Frieden von San Stefano  
kehrte der dreißigjährige Techniker Nikola  
Basij aus der Schweiz in seine serbische Hei-  
mat zurück. Basij war in der Schweiz Sozialist  
gewesen, hatte mit den serbischen Exulanten  
Kämpfe genommen, den Sohn des vertriebenen  
Karageorgjević, den späteren König Petar,  
kennen gelernt. Nun organisierte er den Kampf  
der Bauern gegen das verfassungslöse Regi-  
ment der Obrigkeit. Nach dem Ausbruch von  
Jofevar steht er nach Bulgarien. Wie einst  
Oesterreich Andraffy, wird er, abwesend zum  
Tode verurteilt, und kehrt nach wenigen Jah-  
ren freigelegt zurück. Ministerpräsident und  
Befehlshaber in Petersburg sind die ersten Stap-  
pen. Viel wichtiger für ihn und sein Werk ist  
es, daß ihm die Organisation der radikalen  
Partei, einer Partei der fortschrittlichen Bau-  
ern, gelingt. Die radikale Partei wird  
wirklich zur Volkspartei und das poli-  
tisch organisierte, aufgestärkte Volk, erträgt die  
Verachtung der Obrigkeit nicht. Im Juni 1903  
steht der Putz der Offiziere, der getragen ist  
von dem revolutionären Geiste des ganzen  
Volkes, das verfassungsmäßige Königtum  
Alexanders, hinweg. Blut fließt an den Hän-  
den der neuen Männer, der Nord an einer  
Krau beledet die Gasse der Polodine des nun  
berühmten Peter Karageorgjević. Aber am Bal-  
kan sind Revolutionen nicht mit Rosenwasser

## Die Masken gefallen!

Das wahre Gesicht unserer deutschen Aktivisten. — Das alte Budget und seine neue Mehrheit.  
Unfähigkeit des Bürgertums zur Herbeiführung des Ausgleiches von Volk zu Volk.

Rede des Genossen Niegner in der Senats-Budgetdebatte.

In der Donnerstagssitzung des Senates  
hielt Genosse Niegner eine große politische  
Rede zum Staatsvoranschlag des letzten Abge-  
ordnetentages, die von dem feinsten unter-  
schied, wie ich schon gestern kurz besprochen  
haben, nachfolgend geben wir Niegners Ausführun-  
gen gekürzt wieder.

Es ist das erstmal, daß dem Hause das  
Budget einer deutsch-tschechischen Regierung vor-  
liegt. Es wird noch zu untersuchen sein, inwiefern  
sich dieses Budget von dem früheren unterscheidet.  
Wenn man die Rednertribüne bestaunt, erschließt  
dies mit sehr gemischten Gefühlen.

Man fragt sich: Lohnt es sich überhaupt, zu  
sprechen und haben die Verhandlungen hier  
über das Budget einen Sinn? Dem schlech-  
tenden Absolutismus, der seit Jahren an  
der Arbeit ist, ist es gelungen, das Parlament  
zu einem verflümmerten, verküppelten Ge-  
bilde zu machen. Für wen sprechen wir hier?  
Was hat unser Sprechen für einen Zweck?  
Auf der Ministerbank ist nicht ein einziger  
Minister, nicht einmal ein Vertreter der Mi-  
nister.

Wer Ihnen berichten könnte, was hier gesprochen  
wird, ist zu sehen. Seinezeit wurde auch von  
deutschbürgerlicher Seite über die unwürdige Art  
der Beratung eines so wichtigen Werkes, wie es  
der Staatsvoranschlag ist, Bedenken und Ein-  
wände erhoben, aber

jeht fehlen auch die deutschbürgerlichen  
Minister

bei den Verhandlungen, sie halten es nicht für  
notwendig, anzuhören, was hier gesagt wird.

Aber ärger noch als die formelle Seite der  
Verhandlung des Staatsvoranschlages ist die sach-  
liche.

Man könnte hier mit Engelszungen reden, die  
überzeugendsten Argumente bringen, man  
könnte die schwerwiegendsten Mängel des  
Staatsvoranschlages aufzeigen, — es wäre  
alles umsonst.

Wäre es da nicht besser, wenn die Redner ihre  
Reden direkt an die Kanzlei des Senates schicken

gemacht worden, das Volk trägt es der neuen,  
verfassungsmäßig regierenden Dynastie nicht  
nach, daß sie gegen die Tyrannei von gestern  
nicht human vorgegangen ist.

Bald ist Basij Außenminister, dann  
Ministerpräsident. Nun wird  
die radikale Partei zur Trägerin des groß-  
serbischen Gedankens. Längst ist die  
Zeit verstrichen, da Oesterreich es in der Hand  
gehabt hätte, die großserbische Bewegung zu  
seinen Interessen zu nutzen. Als man in Wien  
den Marsch nach Saloniki und die irrealistische  
Lösung der Reichskrise, die Schöpfung eines  
serbokroatischen Staates im Rahmen der Habs-  
burgermonarchie, plante, war das serbische  
Volk über diesen Plan längst zur Tagesordnung  
übergegangen. Innenpolitisch und außenpolitisch  
von Basij geführt, strebten die Serben die  
Bildung des südslawischen Einheits-  
staates an. In den Clappen der Ameri-  
kaner, der beiden Balkankriege, des Weltkrieges  
suchte, wurde das Ziel erreicht. Der  
Schuß Gavrilo Princip's, dem die Wiener Hof-  
samaritana Franz Ferdinand als sichere Ziel-  
scheibe aufbaute, die tschechische Politik des  
Ballhausplatzes zwangen Basij beinahe die Sol-  
dendung seines Werkes auf.

Aber der ein großer und starker Feind der  
Mächte gewesen, der wurde kein guter  
Baumeister des neuen Staates. Mit  
eiserner Faust wollte Basij die Vorherr-  
schaft der radikalen Partei in dem  
neuen Staate aufrechterhalten. Ueber religiöse  
und geschlechtliche Gegensätze hinweg sollte das  
neue Serbien, das so viele Provinzen, so viele  
verschiedene Kulturen und Produktionsformen  
umfaßt, zu einem zentralistisch regierten Ein-  
heitsstaat umgeformt werden. Der Versuch

und gleichzeitig mitteilen würden, wie sie stim-  
men? Das Parlament ist nurmehr eine Tribüne,  
denn darauf, was hier vorgelegt wird, haben  
weder die oppositionellen noch die  
Regierungssensoren Einfluß, auch  
sie sind nur die Geschobenen.

Der Grundzug des Voranschlages, sein Wesen  
und sein Charakter, sie sind dem eines bür-  
gerlichen kapitalistischen Klassenstaates an-  
gepaßt.

Nach außen hin ist der Voranschlag eine gut her-  
gerichtete Ansage. Wir trinken mit einem 20-  
Millionen-Uberschuß. Aber man kann von die-  
sem Voranschlag sagen: Außen hat, innen  
— sieht es ganz anders aus. Deshalb,

Wie kommt es, daß Parteien, die früher gegen, jetzt für den  
Voranschlag eintreten?

Es ist eben anders geworden hier. Es hat sich  
eine vollständige Umgruppierung vollzogen,  
die ein Anzeigeweiser noch vor kurzer Zeit  
für nicht möglich gehalten hätte.

Wie war es noch vor einem Jahre? Da haben die  
Hände von den oppositionellen Reihen der deutsch-  
bürgerlichen Parteien gedreht, da hat es gehei-  
ßen, niemals werden wir unsere Hand dazu geben,  
den Regierung zu helfen, das System zu stützen  
oder in die Regierung einzutreten ohne

vorherige vollständige Wiedergutmachung des  
nationalen Unrechtes,

das an den Minderheiten verbrochen wurde. Herr  
Senator Lusch hat damals im Namen der deut-  
schen Verbandsparteien eine Erklärung abgegeben,  
in der gelobt wurde, gegen dieses System rüd-  
sichtslos gemeinsam zu kämpfen zu wollen, bis  
das erlittene Unrecht wieder gutgemacht ist. Auf  
der anderen Seite haben wir ähnliche Schwüre  
gehört: „Komei do vladit mi do revoluce.“ Vor  
kurzem hat ein deutscher Regierungsgesandter  
gelagt:

„Versprechungen sind nur für die Dummen.“  
(Sen. Dr. Heller: „Wahr-Sarting. In seiner  
Rede in Reichenberg hat er sich aber mit Verspre-

chungen begnügt.) Genieß, die Deutschbürgerlichen  
glauben heute selber an Versprechungen. Es fällt  
mir nicht ein, nach dem vorzileren Wort, dar-  
aus auf die Verstandesstrafe der Deutschbürger-  
lichen irgend welche Schlüsse ziehen zu wollen,  
aber wir sehen, daß nicht nur Versprechungen,  
sondern auch Schwüre und Gelübisse für die  
Dummen gemacht werden, denn  
alles hat man vergessen, alle Schwüre,  
Grundsätze hat man preisgegeben und von  
links bis rechts haben sich die Bürgerlichen  
zu einer internationalen Allianz zusammen-  
geschlossen.  
Wir haben diese Entwicklung vorausgesehen,  
haben gehofft, daß der Nationalismus des Bür-  
gertums sowohl auf der einen wie auf der anderen  
Seite unaufrichtig ist.  
Wenn die Deutschbürgerlichen vom Deutsch-  
tum und vom deutschen Volke sprechen, so  
meinen sie sich damit, die deutsche Bourgeoisie,  
niemals aber haben darunter sie das gesamte  
deutsche Volk verstanden. In dem Momente,  
da den Deutschbürgerlichen materielle Vor-  
teile winken, haben sie den Nationalismus  
in die Tasche gesteckt.

Es ist wie nach Bismarck's Abgang.  
Zunächst scheint das Erbe den Nachfolgern zu  
schwer, sie meistern nicht die gigantische Auf-  
gabe, sie werden scheitern und man wird sie  
schuldig sprechen. Spätere Geschlechter werden  
finden, daß nicht die Erben, sondern der  
Totenschuld war, daß er so schwere Last  
auf schwache Schultern nicht wälzen durfte, daß  
er dem Hause, in dem die kommenden Geschlech-  
ter wohnen sollen, andere, festere Grund-  
lagen geben mußte.

weil dieser 20-Millionen-Kronen-Uberschuß ein  
künstlicher ist, weil er in Wahrheit nicht er-  
zielt, und weil er nur dadurch erreicht werden  
konnte, daß man wichtige sozialpolitische Posten in  
einer geradezu barbarischen Weise zugestimmt hat.

Das Bürgertum aller Nationen hat freilich  
alle Ursache, für das Budget zu stimmen,  
denn es ist seinem Willen, seinen Wünschen  
vollkommen angepaßt und es ist mehr als je  
von dem Gedanken erfüllt, den Besitz zu schon-  
nen und die Lasten auf die Schultern der  
breiten Massen zu wälzen.

Der Voranschlag bedeutet für die arbeitenden  
Klassen nur eine verschlechterte Renausgabe der  
früheren Voranschläge.

Wie kommt es, daß Parteien, die früher gegen, jetzt für den  
Voranschlag eintreten?

Es ist eben anders geworden hier. Es hat sich  
eine vollständige Umgruppierung vollzogen,  
die ein Anzeigeweiser noch vor kurzer Zeit  
für nicht möglich gehalten hätte.

Wie war es noch vor einem Jahre? Da haben die  
Hände von den oppositionellen Reihen der deutsch-  
bürgerlichen Parteien gedreht, da hat es gehei-  
ßen, niemals werden wir unsere Hand dazu geben,  
den Regierung zu helfen, das System zu stützen  
oder in die Regierung einzutreten ohne

vorherige vollständige Wiedergutmachung des  
nationalen Unrechtes,

das an den Minderheiten verbrochen wurde. Herr  
Senator Lusch hat damals im Namen der deut-  
schen Verbandsparteien eine Erklärung abgegeben,  
in der gelobt wurde, gegen dieses System rüd-  
sichtslos gemeinsam zu kämpfen zu wollen, bis  
das erlittene Unrecht wieder gutgemacht ist. Auf  
der anderen Seite haben wir ähnliche Schwüre  
gehört: „Komei do vladit mi do revoluce.“ Vor  
kurzem hat ein deutscher Regierungsgesandter  
gelagt:

„Versprechungen sind nur für die Dummen.“  
(Sen. Dr. Heller: „Wahr-Sarting. In seiner  
Rede in Reichenberg hat er sich aber mit Verspre-

chungen begnügt.) Genieß, die Deutschbürgerlichen  
glauben heute selber an Versprechungen. Es fällt  
mir nicht ein, nach dem vorzileren Wort, dar-  
aus auf die Verstandesstrafe der Deutschbürger-  
lichen irgend welche Schlüsse ziehen zu wollen,  
aber wir sehen, daß nicht nur Versprechungen,  
sondern auch Schwüre und Gelübisse für die  
Dummen gemacht werden, denn  
alles hat man vergessen, alle Schwüre,  
Grundsätze hat man preisgegeben und von  
links bis rechts haben sich die Bürgerlichen  
zu einer internationalen Allianz zusammen-  
geschlossen.  
Wir haben diese Entwicklung vorausgesehen,  
haben gehofft, daß der Nationalismus des Bür-  
gertums sowohl auf der einen wie auf der anderen  
Seite unaufrichtig ist.  
Wenn die Deutschbürgerlichen vom Deutsch-  
tum und vom deutschen Volke sprechen, so  
meinen sie sich damit, die deutsche Bourgeoisie,  
niemals aber haben darunter sie das gesamte  
deutsche Volk verstanden. In dem Momente,  
da den Deutschbürgerlichen materielle Vor-  
teile winken, haben sie den Nationalismus  
in die Tasche gesteckt.

Es ist wie nach Bismarck's Abgang.  
Zunächst scheint das Erbe den Nachfolgern zu  
schwer, sie meistern nicht die gigantische Auf-  
gabe, sie werden scheitern und man wird sie  
schuldig sprechen. Spätere Geschlechter werden  
finden, daß nicht die Erben, sondern der  
Totenschuld war, daß er so schwere Last  
auf schwache Schultern nicht wälzen durfte, daß  
er dem Hause, in dem die kommenden Geschlech-  
ter wohnen sollen, andere, festere Grund-  
lagen geben mußte.

Wir haben aber auch vorausgesehen, daß die Klagen über kurz oder lang sich als *stärker* erweisen werden, als die nationalen Gegensätze. Diese alte Wahrheit ist aufs neue durch die Entwicklung, wie sie sich vollzogen hat, bestätigt worden.

Der heilige Rabi Ben Aiba hat gesagt: „Was ist schon dagewesen“. Er kann ruhig schlammern, die Wahrheit seines Wortes steht unerschütterlich da, er braucht nicht aufzustehen, um sie zu widerlegen.

Was sich bei uns vollzogen hat, ist eine Wiederholung einer geschichtlichen Episode aus früherer Zeit.

Ohne die tschechische Arbeiterschaft wäre dieser Staat niemals möglich gewesen, niemals hätte er geschaffen werden können. Ist es nun nicht genau so wie im Jahre 1848? Damals haben die Arbeiter den Feudalismus gestürzt, sie haben die Entwicklung Bahn gebrochen, die Demokratie, die liberale Freiheit erlangt. Dann hatte der Wohlstand seine Schulden genaugenommen und konnte gehen. Auch in der nationalen Revolution von 1918 war es hauptsächlich das Verdienst der tschechischen Arbeiterschaft, daß sie Erfolg hatte. Diese selbe Arbeiterschaft hat das tschechische Bürgerertum verdrängt, zurückgedrängt, es hat alles getan, um die Bindung mit den tschechischen sozialistischen Parteien zu lösen, um die Brücke zum deutschen Bürgerertum hinüber bauen zu können.

Sängst hat sich das tschechische Bürgerertum danach gesehen, mit der deutschen Bourgeoisie zusammen zu regieren, das heißt, sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterschaft zu verbinden. Acht Jahre wurde der Staat als tschechischer Nationalstaat erklärt, der nur als solcher bestehen konnte, die Deutschen insgesamt als Staatsfeinde, die Klerikalen im besonderen als verfluchte Monarchisten hingestellt.

Das Bürgerertum hat angesichts der Aussicht, seine antisozialen Instinkte ausleben zu können, an alles, was es früher sagte und als ewige Wahrheit verkündete, vergessen. Wir bedauern nicht, daß es so gekommen ist, denn auch im deutschen Volke sind durch die Unklarheit der Verhältnisse manche Trugbilder entstanden. Der nationalistiche Rebel, der durch die politische Gruppierung und nationale Fronten entstanden ist, hat den Menschen vielfach den Blick getrübt und falsche Vorstellungen von dem Wesen, von den Absichten und Zielen der deutschbürgerlichen Parteien hervorgebracht. Die Deutschbürgerlichen heucheln demokratische Gesinnung, sie konnten sich sogar den Vorwurf erlauben, für manche sozialpolitischen Forderungen einzutreten, sie brauchten nicht offen Farbe zu bekennen, denn sie wußten, daß ihre Klasseninteressen durch die Bürgerlichen in der tschechischen Koalition ausreichend geschützt waren. So konnte bei manchen Menschen der Glaube entstehen, daß die bürgerlichen Parteien im Grunde genommen dasselbe tun und wollen wie wir. Seitdem sie in die Regierung eingetreten sind, mußten sie die Maske fallen lassen. So läßt sie beispielsweise gegen die Sozialversicherung, für die sie selber hier gesprochen und gestimmt haben, deren Zustandekommen sie sich sogar draußen in den Versammlungen und in der Presse zu einem nicht geringen Teile als ihr Verdienst zugesprochen haben, jetzt einen ebenso scharfen, wie gehässigen Kampf. Nun erkennt man das Gesicht, das früher unter der Maske verborgen war. Nun können sie nicht mehr zum Schein für sozialpolitische Forderungen stimmen, wie sie es früher taten, obwohl sie mit ihrem Herzen dagegen waren. Das deutsche Volk macht jetzt einen bitteren Lehrlauf darüber mit, was dem Bürgerertum Grundzüge wert sind. Ein treuer Lehrlauf, aber er wird heilsam sein!

Wir haben also gegenwärtig eine bürgerliche Regierung

und es heißt, sie stehe auf Beton, habe eine gesunde Grundlage und werde lange bestehen. Das wollen wir abwarten. In der früheren Koalition waren fünf Parteien, in der neuen Koalition acht. Das sind Parteien ein leuchtendes Gebilde darstellen, möchte ich bezweifeln. Jetzt in den Hüttenwänden allerdings, da hängt der Himmel voller Geigen, da ist alles erquickend schön und die neuen Elemente vertragen sich vorläufig ausgezeichnet. Es ist alles rosig, die Zukunft, das gemeinsame Zusammenleben sieht so schön aus, aber es wird der Tag der Ernüchterung kommen und man wird merken, daß die Frau einen Buckel hat. Wir haben aber ja schon auch eine „christliche“ Regierung. Die Klerikalen führen das entscheidende Wort, kein Jude, kein einziger Sozialist ist darinnen zu finden, so daß die Herren „Christen“ jetzt ganz unter sich sind und Gelegenheit haben, zu zeigen, was sie können. Da die Klerikalen immer behaupten, die Welt sei schlecht und unvollendet, weil halt das „christliche Sittengesetz“ nicht befolgt werde, so wollen wir abwarten, wie sie dieses Sittengesetz, den christlichen Geist, die christliche Moral und die christliche Nächstenliebe betreiben werden. Einige Broten haben wir ja durch die dem Volke auferlegten Hungersnöte; und die Einföhrung der Pfaffengehälter schon bekommen.

Den Beweis ihrer Fähigkeit, dem Volke zu helfen, werden sie erbringen müssen, denn sie und die gesamten deutschbürgerlichen Parteien waren es, die behauptet haben, die Sozialdemokratie habe „versagt“. Die Sozialdemokraten hätten wahrscheinlich das tun sollen, was jetzt das deutsche Bürgerertum tut, um nicht den Vorwurf des „Versa-

gens“ auf sich zu laden. Sie hätten für die Verhinderung sozialpolitischer Gesetze, für die Verteuerung der Lebensmittel eintreten müssen!

Das ist ja gegenwärtig der Hauptinhalt der Tätigkeit des vereinigten Bürgerertums. Um etwas zur Aufrichtung des christlichen Bewusstseins der Herren Klerikalen beizutragen, erinnere ich sie an ein Wort Luegers,

das er bei der Beratung über eine Subvention an den österreichischen Lloyd gesprochen hat:

„So lange ein altes Mutterl für ihre Schale Kaffee, welche sie am frühen Morgen oder am spä-

## Die „Regierung des nationalen Ausgleiches“.

Die Herren deutschen Aktivisten sagen, es sei notwendig gewesen, in die Regierung einzutreten, um die nationale Frage langsam aber sicher zu lösen, und die Regierung sei eine solche des nationalen Ausgleiches.

Die deutsche Sozialdemokratie ist über den Verdacht erhaben, der Anbahnung eines friedlichen Verhältnisses zwischen den den Staat demohnenden Völkern hinderlich zu sein. Sie hat schon in Oesterreich alle Kräfte daran gesetzt, den nationalen Frieden zu schaffen; es waren ihre ersten Männer, die hervorstechend auf diesem Gebiete geleistet haben, und auch jetzt sind wir bereit, alle Anstrengungen zu machen, um das nationale Problem zu lösen.

Dennoch sagen wir, daß wir diese Regierung unter keinen Umständen als ein Mittel ansehen können, die nationale Versöhnung herbeizuführen oder auch nur anzubahnen.

Reden der Frage der Versorgung der Menschen mit Arbeit und Brot, neben der Sorge für eine ausreichende Ernährung der Massen ist und bleibt die nationale Frage die wichtigste und brennendste des Staates.

Diese Frage kann nicht gelöst werden durch irgend einen Rohhandel, durch keinen Schacher, sie wird immer wieder an die Tore des Staates pochen, so lange sie nicht wirklich ernsthaft, aufrichtig und von Volk zu Volk, das heißt unter Teilnahme der Gesamtheit und nicht bloß einzelner Schichten gelöst ist.

Die nationale Verständigung kann nicht erkaufte, nicht erzwungen, nicht durch wirtschaftliche und soziale Konzessionen bezahlt werden, sie muß auf dem freien und gemeinsamen Willen der Völker, auf Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit beider Teile aufgebracht werden. Die deutsch-tschechische Bürgerkoalition wird den Ausgleich nicht machen, weil

### das Bürgerertum zur Lösung dieses Problems unfähig

ist. Als es für das deutsche Bürgerertum noch an der Zeit gewesen wäre, Vermittlung anzunehmen, da haben keine Parteien die Oesterbegehren schriftlich überreicht, von der Errichtung einer Gewaltverfassung über das tschechische Volk geträumt. Heute ist wieder das tschechisch-nationale Bürgerertum, da es an der Macht ist, das Hindernis; es beruft sich auf die Friedensverträge, auch ihm gelten nichts die lebendigen Rechte jeder Nation.

Das Bürgerertum hat eben keine Ideale, außer seinem Geldsack. Mit diesem Ideal kann es unter dem Volke nicht werdend austreten. Da es keine demokratischen, keine freihellen, keine kulturellen Ideale besitzt, muß es den Nationalismus überspannen, es kann sich daher dieses Agitationsmittels nicht entäußern, es müßte sich von selbst aufgeben und den Akt ablegen, auf dem es steht!

Wir begreifen es, daß sich das Bürgerertum aller Nationen zusammengedrängt hat auf Grund seiner wirtschaftlichen Interessen, aber keine Parteien sollten nicht heucheln und offen bekennen, was der Sinn und Zweck ihrer Allianz ist.

Dagegen muß Widerspruch erhoben werden, daß dieser neue Bruderband der Bourgeoisie, der aus ein Bund zur Förderung der kapitalistischen Wucher- und Profitinteressen ist, als eine Vereinigung zur nationalen Befreiung des deutschen Volkes ausgegeben wird!

Es ist drohend, zu sehen, wie sich dabei die Herren in die Hände arbeiten. In den Versammlungen erzählen die Redner der deutschen Aktivisten, es seien ihnen geheime Zusagen gemacht worden und sie schäiden, wie sich alles, lebendem deutsche Minister in der Regierung sind, grundlegend geändert habe. Damit lehren sie den tschechischen Nationalisten die Möglichkeit, die schrecklichen Geschehen der Mitregierung der deutschbürgerlichen Sozialparteien an die Wand zu malen. Die Deutschbürgerlichen wieder können sich auf die tschechischen Nationalisten berufen zum Zeugnis dafür, wie nützlich sie dem deutschen Volke sind, denn die tschechisch-nationale Presse weiß täglich Wunderdinge davon zu erzählen, was für ungeheuerliche Zustände schon wieder den Deutschen gemacht werden müßten. Bei alledem sitzen sie miteinander ruhig in der Laube.

Nach den deutschbürgerlichen Beteuerungen müßte seit dem Regierungseintritt Spina und Ratharting geradezu ein neues Zeitalter des Glüdes und der Zufriedenheit der Deutschen im Staate angebrochen sein. Aber was ist geschehen? Die Herren Spina und Ratharting sind Minister geworden und sitzen auf ihren Ministerstühlen, ich will sogar zugeben, daß sie fest sitzen. Aber welche Zusammenhänge zwischen dem Titelheld der Herren Spina und Ratharting und dem Japsen der deutschen Bevölkerung beste-

ten Abend trinkt, Soll zahlen muß, so lange eine arme Mäherin das Petroleum, das sie braucht, bezahlen muß, haben Sie kein Recht, dem Lloyd eine Subvention zuzugestehen.“

Diese Erinnerung ist notwendig, denn das Reichstertum, wie es durch die deutsche christlichsozialistische Partei repräsentiert wird hat nicht nur durch die Fülle dem „alten Mutterl“ und der „armen Mäherin“ Brot und Mehl verteuert bekommen, sondern auch das allerwichtigste Nahrungsmittel der Ärmsten der Armen, die Kartoffel, durch die Fülle schwer verteuert, woran sie sich durch das christliche Sittengesetz nicht gehindert haben.

Das ist noch nicht zum Ausdruck gekommen. Nichts hat sich geändert, alles ist beim alten geblieben.

(Senator Dr. Sella: Ich weiß nicht, ob auch die deutschen Großgrundbesitzer dieser Meinung sind) Nichts hat sich geändert in Bezug auf das deutsche Volk; daß dabei gewisse Konzessionen an die Bestehenden und an Einzelne herausgekommen sind, daran allerdings zweifle ich nicht. Viel Tinte fließt und viele Reden werden gehalten; wenn es nur auf die Quantität des Redens anlämte, so wäre das deutsche Volk schon gerettet. Herr Minister Dr. Spina hat am Sonntag in Landäkon seiner Freude Ausdruck verliehen, daß er den historischen Moment des Eintritts der Deutschen in die Regierung erlebt hat und er hätte, so logte er, nur gewünscht, daß dieser Augenblick schon früher eingetreten wäre. Er erzählte auch, die Möglichkeit dazu wäre gegeben gewesen und er logte:

„Der verstorbenen Tuzar hat sich rechtlich Mühe gegeben, die deutschen Sozialdemokraten für eine positive Politik zu gewinnen. Sie waren nicht dafür zu haben. Strafe sind sie es, die uns mit jedem Mittel belästigen, weil durch die Unentschlossenheit ihrer Führer ihnen die Felle davongeschwommen sind.“

Es ist interessant zu hören, daß es um „Felle“ geht. Uns sind die Felle „davongeschwommen“, die Deutschbürgerlichen haben sie zum Glück erwirkt. Wir wissen nicht, was das für Felle sind, offenbar jene, die dem Volke über die Ohren gezogen werden. (Weiterer: Senator Polach: „Das goldene Felle, die Sicherheit ihrer weiteren Ausbeutungsmöglichkeit.“) Herr Minister Spina befindet sich bewußt oder unbewußt im Irrtum. Eine direkte Aufforderung, uns für diese Politik zu gewinnen, das heißt für den Eintritt in die Regierung, ist uns nie gekommen. Aber wenn er sagt, daß dieser historische Moment schon früher hätte eintreten können, so frage ich ihn:

Was wäre denn geschehen, wenn wir wirklich das getan hätten, dessen Unterlassung er uns jetzt zum Vorwurf macht? Das Geringste, was uns widerfahren wäre, wäre unser „Ausschluß aus der Nation“ gewesen!

Man hat es schon früher nicht an Verbodrichtungen fehlen lassen, daß die deutschen Sozialdemokraten in die Regierung hineinzukommen suchen. Wie hätte man uns erst national verheim, wenn wir — ohne dabei alles preiszugeben, wie dies die Bürgerlichen getan haben — in die Regierung hineingegangen wären! Warum haben dies übrigens die Spina und Genossen, die heute jede andere Taktik als Phantasie erklären, nicht schon selber früher getan? War alles das, was sie der deutschen Bevölkerung acht Jahre lang erzählt haben, nur ein schimpflicher Betrug? Derselbe Herr Dr. Spina sagte in seiner Landäkon Rede übrigens einige Sätze vorher:

„Die deutsch-französische Annäherung war die Voraussetzung der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit in unserem Staate.“

Also erst die deutsch-französische Annäherung hat nach seiner Meinung den Eintritt der Deutschen in die Regierung möglich gemacht und es aber wirft er vor, daß wir nicht früher eingetreten sind, bevor noch diese Voraussetzung bestanden hat!

Die Deutschbürgerlichen behaupten, es sei ihr Verdienst, die alttschechische Koalition gesprengt zu haben. Das ist ebenso unrichtig, wie alle ihre anderen Behauptungen, denn die tschechische Koalition war längst morisch und zerfallen, als die Deutschbürgerlichen eine günstige Gelegenheit erpähten, um in die Regierung hineinzuschlüpfen.

Da die Deutschbürgerlichen auf keine Tatsachen hinweisen können, verlegen sie sich auf Prophezeien und sie verkünden: Nur noch ein wenig Geduld, dann kommen schon die Erfolge! Das prophezeite Minister Ratharting am letzten Sonntag, aber er wird entschuldigen, denn am 20. Dezember 1921 hatte er gesagt:

„Auf dem Boden des Staates stehen, heißt alles gut und unverändert annehmen, was die jeweilige Regierung vorzuschreiben für gut befindet.“ So ungefähr heißt ich mir vor, lautet der erste Artikel, ihres politischen Katechismus. Auf diesem Boden, meine Herren, werden Sie uns nie finden.“

Er hat auch damals prophezeit und wie man sieht, schloß er prophezeit, er hat darum das Recht verweigert, als guter Prophet angesehen zu werden, und die deutsche Bevölkerung hat alle Ursache, wenn er ihr durch die bürgerlich-aktivistische Prophezie eine herrliche Zukunft verspricht, seiner Prophezeie gar nicht zu misstrauen. Wenn es als ein Verdienst hingestellt wird, daß die alttschechische Koalition durch den Regierungseintritt der Deutschen nicht wieder entstehen konnte, so ist darauf zu sagen:

Sie haben zwar nicht die Koalition, sie haben aber das System gerettet, es noch verschärft und verschlechtert, es funktioniert, indem sie das, wogegen sie acht Jahre hindurch aufgetreten sind, jetzt selbst mitmachen und es gut heißen.

Sie wollen nationale Erfolge erringen! Fragen Sie doch einmal Herrn Dyl, ob er und seine Partei das erlauben! Ohne die Zustimmung der tschechischen Nationaldemokraten und damit auch der Faschisten ist von dieser Regierung an wirklichen Errungenschaften für das deutsche Volk nichts zu erreichen. Der tschechische Nationalismus hat die Veranziehung der Deutschen zur Regierung geduldet, denn er weiß, daß dies nichts anderes bedeutet, als ein *Semmnis* für den nationalen Ausgleich.

Die Deutschbürgerlichen können sich in der Regierung nur halten, wenn sie in dem Winkel, in den man sie gestellt hat, ruhig und geduldig stehen bleiben und indem sie alles, was ihnen kommandiert wird, ohne Aufmurren gehorchen tun. In den Versammlungen freilich sind sie lauter walschichte Helden: „Nicht ein Jota lassen wir von unseren Forderungen nach!“

Die Kriegsbeschädigten halten eine Versammlung ab und es kommen Vertreter der Deutschbürgerlichen hin: „Aber selbstverständlich, alles was Ihr wollt, werden wir Euch bewilligen! Wir werden es schon machen!“ Dann kommt es zur Abstimmung und die Herren fallen um, sie kriechen wie die Taschenseitel zusammen! Sie belten alles, angefangen von den hier eingerissenen unparlamentarischen und undemokratischen Methoden bis zur Auslieferung oppositioneller Abgeordneter nach dem Schußgefetz. Sie wollen die Verhältnisse ändern das Unrecht beseitigen, aber beseitigt man ein Unrecht dadurch, daß man es funktioniert, es gutheißt und sich daran mit Schuldig macht! Die Deutschbürgerlichen belten selber jetzt, jenes Unrecht zu legen, das sie früher bekämpft haben. Das wird sich einmal an ihnen, aber leider auch am gesamten deutschen Volke bitter rächen.

Der Herr Abgeordnete Windisch hat jüngst in einem Artikel erzählt, warum die Deutschen nicht so wie die Slowaken die Gewährung von Sicherungen zur Bedingung ihres Regierungseintritts gemacht haben. Er logte in einem Artikel unter anderem:

„In der Slowakei empfindet der Bauer auch nicht den Druck sozialer Lasten.“

Das heißt also, die Slowaken konnten es sich erlauben, Bedingungen zu stellen und die Möglichkeit ihres Regierungseintritts aufs Spiel zu setzen, weil sie nicht ein so großes Interesse wie die Deutschbürgerlichen daran haben, gegen die „sozialen Lasten“ anzukämpfen.

Hier ist das Eingeständnis, daß die Deutschbürgerlichen alles über Bord warfen, daß ihnen das deutsche Volk wurst ist und daß es sich ihnen nur darum handelt, den reaktionären, arbeitserfindlichen Charakter der Regierung zu beseitigen.

Eine Sicherung hätten sie zumindest verlangen müssen, das ist die Sicherung der Möglichkeit, an den Verhandlungen des Parlamentes sich zu beteiligen. Doch nicht einmal dazu waren sie imstande zu erzwingen, daß die Parlamentsprozedur dem Bedürfnis der Deutschen angepaßt werde. Gehorchen machen sie alle Unsitzen der früheren alttschechischen Koalition nach. Es wird über Mangel an Achtung vor dem Parlament gesprochen. Wenn in demokratischen Parlamenten ein so wichtiges Werk, wie es der Voranschlag ist, verhandelt wird, gilt es als selbstverständlich, daß die Minister anwesend sind. Unsere Minister glänzen durch ihre Abwesenheit und denken: was geht es uns an, was im Parlament gesprochen wird! Die Regierung behandelt das Parlament wie einen Schubfegen. Da wagt man es, von einer Krise des Parlamentarismus zu sprechen, nachdem man aus dem Parlamentarismus eine Trennung zwischen Absolutismus und Demokratie gemacht hat! Dennoch ist Herr Spehla, der das Parlament derartig höhnt und erniedrigt das Ideal der deutschen und tschechisch-bürgerlichen Parteien. Eigentlich müßte dieses Ideal nicht Herr Spehla, sondern Mussolini sein, denn

was wir hier haben, ist schon trostloser Faschismus.

Weder die Opposition noch die Mehrheitsparteien haben auf die Zusammenstellung des Voranschlags Einfluß. So ist dieses Parlament nichts anderes, als ein Institut zur moralischen Rechtfertigung des Absolutismus.

Die Deutschbürgerlichen haben sich rasch assimiliert und sie machen sogar den schmutzigen Affären die selber in diesem Staate eine kolossale Häufigkeit haben, die Mauer.

Der ungeheuerliche Coburg-Skandal wird genau so im Sande verwehen, wie alle früheren Skandalgeschichten. Man läßt in der Öffentlichkeit keulenruhig den Verdacht bestehen, daß hohe Politiker, daß sogar Minister teilhaben an schmutzigen Geldgeschäften und nicht reine Hände haben, und denkt sich: „Die Leute werden ja doch bald von irgend etwas anderem zu sprechen beginnen.“

Der einzige Leitsatz für die Deutschbürgerlichen bei ihrem Eintritt in die Regierung war: „Nach uns die Stills!“ Hauptstücke waren ihnen Fülle, Kongruenz, Steuererleichterungen, Verschlechterung der Sozialversicherung, eventuell etwas von der Vobentzform

Sonderbare Friedenspreisträger.

Strefemann, Briand, Chamberlain . . .

Oslo, 10. Dezember. Das Nobelkomité hat gestern den Nobelfriedenspreis an Strefemann, Briand, Chamberlain und General Dawes verliehen.

für einzelne ihrer Anhänger zu erschaffen, nicht aber, den Weg wirklich freizumachen, der im Interesse des Staates und der Gesamtbevölkerung gegangen werden muß.

Nur in dieser Regierung ist ein Finanzminister möglich, wie der heutige, der das böse Wort aussprechen durfte „Der Staat ist keine Versicherungsgesellschaft“. Er sagte das zur Begründung, um einen Teil der Kriegsbeschädigten um die Renten bringen zu können. Der Staat ist keine Versicherungsgesellschaft! Rämlich für die armen Kriegsbeschädigten nicht, die unter Zwang ins Feld ziehen mußten, um sich dort zu Krüppeln schießen zu lassen. Der Staat ist aber eine Versicherungsgesellschaft für die Großen, denn gerade in den letzten Tagen wurde der Brünner Maschinenfabrik A.G. ein Steuererlaß von 30 Millionen Kronen erteilt. Und der Staat ist auch eine Versicherungsgesellschaft für verkränkte Banken, die eine Schleuder- und Luderwirtschaft, eine gewissenlose Spekulationswirtschaft betrieben haben.

Wenn auch das deutsche Bürgertum alles preisgegeben hat, es wird die Entwicklung nicht aufhalten. Der Ausgleich kommt doch, er wird kommen, aber als ein Ausgleich von Volk zu Volk.

Die heutige Regierung ist nichts anderes als eine Verschönerung gegen die Arbeiterschaft. Die Deutschbürgerlichen geben selber zu, ihr Eintritt in die Regierung sei erfolgt, um gegen

die „sozialistischen Utopien“

zu kämpfen. Was sind das diese „sozialistischen Utopien“?

Was weiß das deutsche Bürgertum überhaupt vom Sozialismus und was weiß es vom Arbeiter!

Um das soziale Empfinden des deutschen Bürgertums ist es traurig bestellt. Früher hat es wenigstens einzelne weiße Hasen gegeben, die sich „Sozialpolitiker“ nannten. Die sind längst ausgestorben; das Bürgertum von heute kennt nur sein materielles Interesse, rennt blind arbeitserfindlichen Schlagworten nach, faßt von „sozialistischen Utopien“ und setzt keinen ganzen bornierten Esel daran, was nur möglich ist, an sozialpolitischen Erfindungen zu vernichten, insbesondere die Sozialversicherung derartig zu unterminieren, daß das Gebäude in sich selbst zusammenstürzen muß. Sozialistische Utopien!

Wissen Sie, daß für hunderttausende und für Millionen gedrückter Arbeiterklaven diese „Utopien“ das einzige Lebensziel, das einzige Lebensideal bedeuten, der einzige Lebensinhalt sind, der sie aufrecht hält! Wenn die Arbeiter nicht die sozialistische Hoffnung hätten, sie müßten alle zusammen Anarchisten werden und mit Bomben gegen das fürchterliche Unrecht der heutigen Gesellschaft losgehen. Der Sozialismus ist es, der sie emporküßt, der sie aufrecht erhält, der ihnen den Glauben an eine bessere Zukunft verleiht, der ihnen das Leben lebenswert erscheinen läßt! Aber treten Sie nur gegen diese „Utopien“ auf, bekämpfen Sie uns, haßen Sie uns, es ist uns lieber, als wenn Sie der Arbeiterschaft Freundschaft heucheln, und es ist uns lieber, wenn Sie gegen die Arbeiter vorgehen, dies im offenen Bissier tun. Sie leugnen den Klassenkampf und bezeichnen ihn als etwas von den Sozialisten erfundenes. Die heutige Koalition ist aber der Ausdruck des schärfsten Klassenkampfes. Diese Koalition scheidet die Bevölkerung offen in zwei Klassen. Auf der einen Seite die Besitzenden mit ihrem Trost von Palästen, auf der anderen Seite die Besitzlosen und Minderbemittelten. Die der Kampf zwischen diesen zwei Fronten angesehen wird, darum ist uns nicht bange. Sie fürchten der Arbeiterschaft den Krieg an, gut, wir gehen vielleicht einer harten Zeit entgegen, aber das Proletariat ist das kämpfen gewöhnt und wird den Kampf nicht fürchten. Mögen sich unsere Feinde zusammenschließen, es wird und muß der Augenblick kommen, wo auch jene sich zusammenschließen, die heute das gemeinsame Opfer dieser Verschwörung der internationalen Bourgeoisie geworden sind. Der Sieg des Gedankens der Einigkeit des Proletariates wird die Wirkung der Einheitsfront des Bürgertums sein. Ungebogenen Mutes gehen wir unseren Aufgaben entgegen! Der Tag der Abrechnung wird nicht ausbleiben.

(Beifälliger Beifall)

Die Botcha-Konferenz.

Paris, 10. Dezember. Die Botcha-Konferenz hat heute nachmittag von 4 bis 6 Uhr stattgefunden. Nach Schluß der Beratungen wurde das folgende offizielle Kommuniqué herausgegeben:

Die Botcha-Konferenz ist mit dem Ergebnis der Verhandlungen beschloffen worden, die zwischen ihren militärischen Vertretern und General von Paweloff fortgesetzt wurden. Ein neuer Bericht hierüber ist den Ministern und Delegierten der deutschen, französischen, italienischen, belgischen und japanischen Regierung in Genf übermittelt worden.

Die staatsmännische Kunst der Aktivisten.

Die deutschen Regierungsparteien für die Umsatzsteuer und gegen die Kriegsinvaliden.

Prag, 10. Dezember. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die Debatte über die beiden Steuererlässe fortgesetzt. Schon gestern hatte Genosse Dackenberg auf die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes über die Gebührenabgaben hingewiesen, wir bringen die betreffenden Ausführungen weiter unten. Heute hielt Genosse Dietl eine wirkungsvolle Rede gegen die Umsatzsteuer, in der er mit Recht darauf hinweisen konnte, daß keine Partei im Staate sich zu dieser Steuer bekümmert und sie vor den Wählern vertritt, daß aber trotzdem die Regierungsmehrheit nicht bereit ist, auch nur das geringste von dieser Steuer, die einer der drückendsten ist, die man sich denken kann, nachzulassen. Er wies schlagend nach, welcher Widerspruch zwischen der früheren Haltung der deutschen aktivistischen Parteien zur Umsatzsteuer und ihrem jetzigen Eintreten für diese drückendste aller indirekten Steuern liege. Schließlich konnte Genosse Dietl auch noch dartun, daß in allen Ländern ein Abbau der Umsatzsteuer erfolgt ist, während in der Tschechoslowakei die Steuer in der gleichen Höhe erhalten wird, worunter die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie leidet.

Lebhaft gestaltete sich die Verhandlung über die Verlängerung des Kriegsinvalidengesetzes. Die Haltung der Landhändler und Christlichsozialen, insbesondere der letzteren, die sich in ungenügenden Versammlungen als Schützer der Kriegsgeldbesitzer vorstellten, erregte den lebensschaffenden Protest unserer Genossen und führte zu Auseinandersetzungen zwischen den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und den Christlichsozialen, die ihrem Verhalten im Kriege, der heute zum Kriege nur noch hinzugefügt haben, daß sie jede Verbesserung des Loses der Opfer ihrer Kriegsschicksale verhindern. Für unsere Fraktion sprach in dieser Debatte Genosse de Witte, der für die traurige Lage der Kriegsinvaliden, ihrer Witwen und Waisen, warme Worte fand. Einige Bilder, die er vom Lose einzelner Kriegsinvaliden entwarf, waren von wahrhaft erschütternder Wirkung. Jeden Menschen, der nur etwas Gefühl im Leibe hat, müßte die Lage der Kriegsinvaliden dazu bewegen, alles zu tun, um das Los dieser unglücklichen Menschen einigermaßen zu erleichtern. Die deutschen Aktivisten haben durch ihr Verhalten bei der Abstimmung gezeigt, daß sie für die Kriegsinvaliden nicht das mindeste Empfinden haben.

Schließlich kam noch das Gesetz über gewisse Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge (Erleichterungen für Staatsbeamte und Lehrer) zur Verhandlung, wobei Genosse Schuster den Standpunkt unserer Fraktion zum Ausdruck brachte. Er entwarf ein wahres Bild davon, wie es um die Fürsorge in der Tschechoslowakei bestellt ist und wies darauf hin, daß man innerhalb von sechs Jahren die Mieten mit vier Milliarden belassen will, während die Tatsache, daß die Unternehmer 250 Millionen für die Sozialversicherung anspringen müssen, Anlaß zu allgemeinen Jammern und Klagen gibt. Für den Militarismus gibt man etwa das Zwanzigfache aus, als für die Wohnungsfürsorge. Wäre es ungeheuer, würde es für die Bevölkerung von viel größerem Vorteil sein.

Die deutschen Regierungsparteien zeigen im Abgeordnetenhause nunmehr Tag für Tag, daß ihnen an den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung gar nicht mehr gelegen ist und daß sie nur eines im Sinne haben, die Interessen der Besitzenden zu vertreten. Auf ihrem Schuldontofeilen seit heute als weitere Posten die Verlängerung der schädlichen Umsatzsteuer für drei Jahre und die Herzlosigkeit, welche sie den Opfern des Krieges gegenüber an den Tag legen. Daß die Massen der deutschen Wählerschaft in dieses Schuldontofeilen Einblick nehmen, wird die Sorge der Sozialdemokratie sein.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde um 9 Uhr früh eröffnet. Das Haus legte zunächst die Debatte über die Verlängerung des Gebührengesetzes sowie des Umsatzsteuergesetzes fort. Erster Redner ist

Abg. Genosse Dietl:

Die Einführung der Umsatzsteuer

hat seinerzeit eine neue Teuerungswelle hervorgerufen. Die Preise sind unter der Wirkung dieses Gesetzes gewaltig gestiegen und wir sind heute weit davon entfernt, auch nur daran zu denken, zu einem Abbau der Preise zu gelangen. „Vom finanziellen Standpunkte“, so hat seinerzeit der gegenwärtige Finanzminister Dr. Englis ausgeführt, „soll betont, daß eine derartige Steuer nur unter solchen Verhältnissen überaus möglich ist, unter denen wir heute leben, da alle Preise Schwankungen unterworfen sind und die Bevölkerung an die beständigen Preisänderungen gewöhnt ist, daß man annehmen darf, daß sie ohne besondere Widerstände auch die durch diese Steuer bedingte Preissteigerung hinnehmen wird. Aus wirtschaftlichen Gründen ist die neue Steuer auch nur vorübergehend gedacht.“ Das hat damals im Jahre 1919 in der Revolutions-Nationalversammlung Herr Dr. Englis gesagt. Er meinte damals, die Steuer sei nur vorübergehend gedacht. Aber wir haben schon zweimal vorher das Gesetz geändert und einmal die Steuer erhöht. Sie war zuerst mit 1 Prozent vorgesehen, später wurde der Satz mit 2 Prozent festgesetzt. Im Jahre 1923 haben wir das Gesetz auf drei Jahre

verlängert und heute sollen wir unsere Zustimmung abermals zu einer Verlängerung auf drei Jahre geben. Obwohl man von einer Konsolidierung des Staates und der Staatsfinanzen spricht, ist keine Spur davon, daß ein Abbau dieser Steuer erfolgt, daß die furchtbaren Wirkungen dieser Steuer wenigstens teilweise eine Einschränkung erfahren werden.

keine Spur einer Erleichterung, obwohl in allen Kreisen und in allen Teilen der Bevölkerung der Widerstand gegen diese Steuer von Tag zu Tag wächst.

Es gibt keine Wirtschaftsorganisation, keine politische Partei in diesem Hause, die nicht draußen in der Bevölkerung mit aller Wucht gegen diese Steuer auftreten würde, sie verdammt und verurteilt. Aber der Zwang, der hier herrscht, treibt sie dazu, der Steuer ihre Zustimmung zu geben und sie neuerdings auf drei Jahre zu verlängern. Dies geht aus daraus hervor, daß selbst der Redner zu der Erkenntnis kommt, die Steuer bedeute einzig und allein eine Belastung des Konsums, sie treffe in letzter Linie die Konsumenten und das alles veruche, die Überwälzung dieser Steuer auf den letzten Abnehmer vorzunehmen, der das Opfer ist, und die Steuer in ihrer Gänge tragen muß.

Aus dem Staatsvoranschlag für das Jahr 1927 geht hervor, daß gerade diese Gruppe von Abgaben im Rahmen der staatlichen Steuern die größte ist, daß sie 37 Prozent aller dieser Steuern und Abgaben umfaßt. Trotzdem man weiß, daß die Wirkung dieser Steuer eine so furchtbare und belastende ist, sollen wir heute wieder unsere Zustimmung geben, das Gesetz auf drei weitere Jahre zu verlängern. Je geringer das Einkommen, desto größer ist der Anteil der Ausgaben für die notwendigen Produkte, um so größer also die Belastung des Konsumierten. Wir leben jetzt wieder einmal in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Selbst der Referent hat darauf hingewiesen, daß unter Export, unsere Wirtschaft durch die Steuer sehr bedrängt und gedrückt wird und daß dies eine der Ursachen der Krise sei. Obgleich aber diese Erkenntnis bereits in weite Kreise gedrungen ist, sehen wir keine Spur davon, daß man daran denken würde, hier Erleichterungen zu schaffen. Ein Großunternehmer, wie der amerikanische Automobilfabrikant Ford sagt, daß, wenn wir die Krise wirksam bekämpfen wollen, das erste Mittel die Hebung des Inlandskonsums sei.

Wir müssen die Bevölkerung des Staates kaufkräftiger machen,

müßten sie in die Lage versetzen, Bedarfsartikel kaufen zu können. Aber nach der Richtung hin bemerken wir keinerlei Maßnahmen, ja im Gegenteil, die Löhne sollen womöglich noch weiter herabgesetzt werden, die Kaufkraft der Bevölkerung wird ständig vermindert durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.

Wenn wir unser Steuersystem näher prüfen, so finden wir, daß der Staat 78 Prozent an indirekten Steuern und 22 Prozent an direkten Steuern einhebt. Wenn also der Haushalt durch indirekte Steuern mit 78 Prozent belastet ist, und wenn die besitzenden Klassen nur 22 Prozent der Steuerlast tragen, so zeigt sich in diesem Falle mit aller Deutlichkeit, das System, wie es hier herrscht und wie es durch die Verlängerung des Umsatzsteuergesetzes seine Fortsetzung finden soll.

Unter denen, die heute für das Umsatzsteuergesetz stimmen werden, sehen wir auch einige, die oft Gelegenheit gehabt haben, einen anderen Standpunkt einzunehmen. Der Abg. Windisch vom Bund der Landwirte hat am 19. Dezember 1923 zum Umsatzsteuergesetz gesprochen und hat die Stellung eines Klubs in folgenden Worten zusammengefaßt: „Unser Standpunkt zum vorliegenden Entwurf kann wohl kein anderer sein, als daß wir, weil dieses Gesetz eine unheimliche Belastung des gesamten Konsums herbeiführt, dagegen stimmen werden.“ Ebenso hat der Redner der christlichen Partei, der Herr Abg. Bobel, in derselben Sitzung folgendes gesagt: „Schon bei der Beratung des Budgets im Jahre 1921 konnte ich feststellen, daß sie allmählich von dem natürlichen Sparsystem, dessen Mittelpunkt die direkten Steuern und hier wiederum die Einkommensteuer bilden müssen, abgewandert sind, und an dessen Stelle bei einem Steuersystem angelangt sind, bei dem die Verbrauchssteuern und unter den Verbrauchssteuern wiederum die Umsatzsteuer den Grundpfeiler der Steuermaßnahmen bilden. Ein solches Steuersystem, bei dem die direkten Steuern lediglich die Funktionen von Ergänzungssteuern ausüben, ist unhaltbar, besonders dann, wenn wir uns die preissteigernde Kraft eines solchen Steuersystems vor Augen führen.“ In den schärfsten Worten haben die Redner des Bundes der Landwirte und der Christlichsozialen gegen die Umsatzsteuer Stellung genommen und obwohl sich an dem System nichts geändert hat, obwohl es sozial nicht gerechtfertigt geworden ist, obwohl in dem Ganzen nicht die mindeste Erleichterung eingetreten ist, werden heute

diese Parteien, die damals das Gesetz in Grund und Boden verdammt haben, dafür stimmen.

Ob ihnen die deutschen Bauern, die deutschen Gewerbetreibenden und die deutschen Christlichsozialen Arbeiter dankbar sein werden für dieses Geschenk, das sie ihnen in die Bräustuben mitbringen werden, bezweifle ich. Es ist bezeichnend, daß

Die Umsatzsteuer immer eine Weihnachtsgabe für die Konsumenten

ist, und daß von der Regierung gerade zu Weihnachten der konsumierenden Bevölkerung ein solches Geschenk überreicht wird.

Nachdem die Steuer derselben Parteien in sich birgt, wie früher, nachdem gar keine Erleichterung gewährt wird, leben wir uns veranlaßt, ein Änderungsantrag zu stellen. Wir stellen den Antrag, daß die Steuer auf 1 Prozent ermäßigt wird. Wir wollen Ihnen Gelegenheit geben, ihr soziales Gewissen zu prüfen und wollen eine Erleichterung dahingehend schaffen, daß zumindest den minderbemittelten Haushalten, wie dies in Deutschland der Fall war, eine Rückvergütung gewährt wird.

In den umliegenden Staaten kann man überall einen Abbau der Umsatzsteuer feststellen.

Deutschland, das in einer so furchtbaren materiellen Lage war, hat die Umsatzsteuer herabgesetzt, weil alles gefühlt hat, daß mit der Umsatzsteuer die Industrie nicht konkurrenzfähig ist, daß sie den Weltmarkt nicht erobern kann. In Polen und Ungarn hat man Erleichterungen geschaffen. Nur bei uns hält man hart an dem verderblichen Prinzip fest, nur bei uns allein sagt man, die Umsatzsteuer sei der Grundpfeiler unseres Finanzsystems, nur bei uns kann man auf diese Steuer nicht verzichten. Bei der Stellung der Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen dieses Gesetz stimmen werden. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Nedham (tsch. Gewerbetreib.) erklärt: Ich war gegen die Umsatzsteuer, weil diese das Gewerbe belastet, erklärt aber, für das Gesetz zu stimmen, weil er hoffe, daß den Gewerbetreibenden sonst gewisse Erleichterungen geschaffen werden.

Abg. Dr. Rosche (Deutschnat.) führt aus, daß das ganze Steuersystem zum Verderben der Staats- und Volkswirtschaft führe. Die Umsatzsteuer sei eine der Ursachen für den Rückgang der Aktivität unserer Handelsbilanz. Sie führt auch zum Rückgang der Kaufkraft im Inlande.

Abg. Dr. Matoušek (Nat. Dem.) hofft, daß das Versprechen des Finanzministers, die Umsatzsteuer allmählich zu beseitigen, in Erfüllung gehen werde.

Abg. Arabs (d. Natfaj.) erklärt, daß die Umsatzsteuer nicht nur den Konsumenten trifft, sondern auch die Produktion wesentlich erschwert.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters über das Gesetz betreffend die Amisabgaben, wird zunächst der Antrag des Genossen Dackenberg auf Uebertragung zur Tagesordnung abgelehnt und sodann das Gesetz in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung angenommen.

Ebenso werden die Änderungsanträge zum Umsatzsteuergesetz abgelehnt und die Verlängerung des Gesetzes auf weitere drei Jahre beschlossen.

Hierauf wird das Gesetz über die Einkommensgrenze, bis zu welcher Kriegsinvalide Anspruch auf die Rente haben, in Verhandlung gezogen.

Der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses, Rallic, empfiehlt dem Hause die diesbezügliche Einkommensgrenze mit 5000 Kronen bei Selbständigen und 10.000 K bei Unselbständigen festzusetzen, so wie dies im Gesetze von 1924 der Fall war.

Der Berichterstatter des Budgetausschusses Abg. Roudnicky berichtet, daß der Ausschuss die Verlängerung des Gesetzes bis Ende 1927 vorschlägt. Der erste Debatteredner zu diesem Gesetze ist

Abg. Genosse de Witte

Im Wörterbuche der gegenwärtigen Regierung muß das Wort Dumanität als ein Fremdwort stehen mit dem man nichts anfangen kann. Dafür ist das Bestreben, die traurige Lage der Kriegsbeschädigten noch mehr zu verschlechtern, ein bedauerliches Beispiel. Dasselbe Regierungsmehrheit, die durch Einführung hoher Lebensmittelpreise die Lebenshaltung ungemein verteuerte, dieselbe Regierung, die nun die Wohnungsmieten in die Höhe schrauben will, dieselbe Regierung, die uns dieser Lage erst durch den Mund der Verteidigungsminister verkindete, daß ihr für den Militarismus kein Opfer zu hoch sei, dieselbe Regierung läßt

die Verkrüppelten, Verwundeten und Verelendeten, die Witwen und Waisen des letzten Krieges, hungern!

Am internationalen Kriegsverletztenkongreß in Genf, ist festgestellt worden, daß von allen Staaten der Welt die Tschechoslowakische Republik ihre Kriegsbeschädigten am schlechtesten behandelt. Daß die Tschechoslowakei, die gerade in Genf so oft den Mund gebrannt hat, um sich in empfehlende Erinnerung zu bringen, mit ihrer Kriegsbeschädigtenfürsorge an den internationalen Prager Kongreß gestellt wurde, ist für sie zwar eine der Dürstergewesen.

Unser Kriegsbeschädigtengesetz trägt alle Mängel der Kompromisspolitik an sich; aber es ist bezeichnend für den Geist der neuen internationalen Bürgerkoalition, daß sie nicht nur nicht daran denkt, die Mängel des Gesetzes, unter denen die Kriegsgeldbesitzer zu leiden, zu beheben, sondern daß sie diese Härten noch verschärfen will. Wäre auch nur ein Funken soziales Gefühl bei dieser Mehrheit zu finden, so hätte nicht in ihrem Namen Finanzminister Rentenrückstellungen anfordern dürfen, so hätten die Regierungsparteien unseren Antrag auf Einhebung der 145 Millionen, die Herr Dr. Englis den Kriegsbeschädigten vorenthalten sind, nicht mitstimmen dürfen.

Wie sieht das nobellerte Kriegsbeschädigtengesetz aus? Um 800 Kronen monatlich zu erhalten, muß man blind oder völlig gelähmt sein, keine Arme oder Beine mehr haben oder in ähnlichem Zustand sich befinden.

Wenn man das Glück hat, beide Hände einzubüßen, kann man in Friedensgeld umgerechnet, täglich eine Krone erhalten.

So verschwendet der Staat das Steuergeld. Ein Invalid, der zu ... Prozent erwerbsunfähig ist, erhält monatlich samt Teuerungszulage 112,50 K Rente. Das sind täglich 37 Friedensheller. Davon macht die Teuerungszulage noch 12 Friedensheller aus.

Und wie fürsorglich betreut der Staat die Invaliden. Ein Invalid, der zu ... Prozent Erwerbsunfähigkeit, bekommt für ein Kind monatlich 3 Kronen, bei 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit für ein Kind monatlich 7,50 K, bei 100 Prozent Erwerbsunfähigkeit für ein Kind 20 K monatlich, 3 K, oder 30 Friedensheller monatlich, oder 1 Friedensheller täglich für ein Kind. Wenn das Kind so glücklich ist, einen Leinwandrock von Vater zu haben, erhält es 6 Friedensheller täglich, wahrhaft fürstlich zahlt der Staat. Aber Seelenfänger sind sie, ist allerdings noch besser als ein Kind eines Kriegesblinden zu sein. Denn nach § 1 Abs. 2 des Rongruagegesetzes, gebührt dem Kinde eines Seelensorgers ein jährlicher Erziehungsbeitrag von 1224 Kronen. ... sind monatlich 102 Kronen oder fünfmal so viel als das Kind eines Kriegesblinden bzw. 3mal soviel als das Kind des leichten Invaliden erhalten kann. Wer seine Kinder versorgt haben will, dem ist also zu raten:

Sehe nicht in den Krieg, werde lieber Seelensorger!

Die Witwen und Waisen nach Kriegssopfern werden in ähnlichem Maße bezahlt. Die Witwe erhält bei 30 Prozent Erwerbsunfähigkeit monatlich 7,50 Kronen, das sind 7,50 Friedenskronen, bei 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit monatlich 112,50 Kronen, das sind 11 Friedenskronen und bei 75 Prozent Erwerbsunfähigkeit monatlich 129,16 Kronen oder 12,916 Friedenskronen. Halbwaisen erhalten 50 Kronen. Wenn der Gefallene mehr als drei Kinder hatte, ermäßigt sich der Satz, dessen Höchstgrenze für alle Kinder, auch wenn es 10 sind, jährlich 2400 Kronen für a zumal nicht übersteigen darf. Das wären also bei zehn Kindern eines Gefallenen jährlich 24 Friedenskronen, oder monatlich 2 Friedenskronen für ein Kind. In Ansehung der kriegsrechtlichen Gültigkeit des Herrn Ministers Urteil ist also heute schon allen Familien weise Beschränkung der Kinderzahl dringend anzuraten. Halbwaisen erhalten 7,50 Kronen oder 7,50 Friedenskronen monatlich. Das sind täglich 25 Friedensheller. Der Vater dieses Kindes, der den Soldatod fürs Vaterland gefunden ist, würde also wenigstens, wofür er es getan, 25 Friedensheller für sein Kind, das durch diesen Soldatod Waise geworden. Es gibt auch endlich ein Vorsahrentente. Die Eltern des Gefallenen können monatlich 50 Kronen, oder täglich 1,50 bekommen, wenn sie bis zu 75 Prozent erwerbsunfähig sind. Natürlich verhindert es der sorgliche Staat durch weise Beschränkungen, daß die Annahmer betragt fürstlicher Renten der Trauerzeit verfallen, die doch sehr unchristlich wäre. Er verfügte also, daß die Rente eingestellt werde, wenn der Rentenanwärter, der mit 30 oder 40 Friedenshellern täglich sich nicht einmischen kann, noch eine Arbeit verrichtet, die ihm, falls er unehelblich ist, 10.000, wenn er einen Gewerbetreibenden hat, 5000 Kronen jährlich bringt. Wenn also ein Invalid noch zur Rot Schube finden kann und auf diese Weise jährlich 500 Friedenskronen oder monatlich rund 40 Friedenskronen verdient, so jagt die Wohlhablichkeit der Gesellschaft, die den Schuster bejubelt, als er „heil vom dritten Male an die Front zog, ein hartes „Stoß“. Die Gesellschaft weiß, was sich gehört.

Es lag gestern im Budgetausfluß die Vorlage der Regierung vor, die Einkommensgrenze, bis zu welcher noch eine Rente bezahlt werden kann, so wie bisher zu belassen. Die christlichsoziale Vertretung verhielt sich hierzu völlig schweigsam, obwohl die Herren von der christlichsozialen Partei brauchen verdrängen, sie seien es, die den Invaliden die Erhöhung der Einkommensgrenze durchsetzen würden. Tatsächlich wurde auch die Regierungsvorlage vom Ausschuss zum Beschluß erhoben.

Die deutschen Jöllner,

die sich draußen so gerne als Freunde der Kriegsopter geben und jeden Gedenkstein zu Kriegssopfern umjubeln, stimmen geschlossen gegen die Kriegsverleihen. Nur Herr Stenz glaubte die Fäulung der Invaliden noch fortsetzen zu können, indem er einen Resolutionsantrag einbrachte, man möchte bei der nächsten Novellierung des Invalidengesetzes auf die Beschwerden über die Einkommensgrenze Rücksicht nehmen. Warum nicht gleich? Was sagen die Gewerbetreibenden dazu, daß er sie wieder vertrieben will bis auf den Nummerleinweg?

Mit Jölln und mit dem Juristenschrauben der Sozialpolitik hätte man es billiger.

Daß sich die Kriegsverleihen aber einen solchen Lohn gefallen lassen sollen, daß sie sich von Herrn Stenz überdes noch foppen lassen sollen, ist wohl doch eine zu arme Nummer für sie. Ich appelliere deshalb an das Haus, daß es den im Ausschuss niedergestimmten Antrag des deutschen sozialdemokratischen Klubs annehme, der das Einkommen, bis zu welchem die Rente bezahlt werden muß, für Selbständige und Unselbständige mit 12.000 Kronen festsetzen will. Auch das ist noch sehr wenig — nur ein ärmliches Einkommen von drei und ein Drittel Friedenskronen und dafür könnte täglich auch noch ein Christlichsozialer stimmen. So stellen wir denn die deutschen Regierungsparteien vor aller Öffentlichkeit, so geben wir ihnen die Möglichkeit, zu ihren Reden in den Kriegsverleihenverhandlungen zu stehen. Sollten Sie hier wiederum gegen die Kriegsverleihen entscheiden, so würden sie damit den Namen ihrer Partei auf immer an den Pranger setzen, auf dem die Vergesslichkeit zur Schau gestellt ist.

Der Herr Verteidigungsminister hat den neuen Krieg an die Wand gemalt. Ich beneide ihn nicht um den

Mut, der dazu gehört, von neuen Kriegen zu reden, während noch die Opfer des letzten Krieges hungern, stierend und fiebernd ihre Qual durch die Straßen schleppen.

Dieser Staat, der es auch heute noch als seine höchste Aufgabe betrachtet, Gendarin im Interesse des Bonaparteischen Frankreich zu sein, ist ein Militärstaat, dem gegenüber das Wilhelmische Preußen eine wahre Friedensidylle war. Aber was können die Unmassen Soldaten schon nützen, wenn sie wissen, daß ihrer oder ihrer Hinterbliebenen nur der Hunger harret, falls das kommt, was man in der militärischen Sprache den Ernstfall nennt. Es muß ja wirklich anfeuernd sein für die Soldaten, zu leben, wie das christliche Vaterland, die Opfer des Militarismus behandelt. Der Verteidigungsminister der internationalen Bürgerkoalition hat neuerdings als sein Programm die militärische Erziehung der Jugend verkündet. Von Kindheit an soll die Menschheit militärisch verlehrt werden. Es soll den Menschen überhaupt das Denken aufgetrieben werden, um aus ihnen Werkzeuge zu machen, mit denen man nach Belieben schalten und walten kann. Nun wohlen, man wird dafür sorgen müssen, daß diese Jugend, die der vormilitärischen Erziehung zugeführt wird, ein Verdrach in die Hand bekommt, das ihr den Staat als das Schildert, was er ist. Ein Verdrach, an dessen Spitze eine Schilderung des Lohes dorer steht, die wirklich für das sogenannte Vaterland in die Schützengräben, in die

Hölle von Dred und Keuer

gegangen sind, um dann, wenn sie gedrohen, verstümmelt, blind oder lahm nach Hause gekommen, vom lieben Vaterland gnädigst einen Knochen hingeworfen bekommen, der ihnen auch noch strittig gemacht wird.

Stimmen Sie, die Sie heute die Mehrheit hier bilden, gegen unsere Anträge, falls Sie glauben, daß vor Ihrem Gewissen verantworten zu können; aber

dann hüten Sie sich wenigstens, noch einmal zu den Kriegsverleihen, Witwen und Waisen zu gehen, und dort Ihre Rolle als Heuchler und Pharisäer zu spielen!

Diese Invaliden, diese Kriegervitwen und Kriegswaisen, die das praktische Christentum unserer Vaterländer mit Schmerzen kennen lernen, und die Waffen des Volkes, die Feinden der christlichen Behandlung unglücklicher Menschen durch Lippenkräften sind, werden nicht verkommen, aus den Totschalen die notwendigen und selbstverständlichen und im Interesse der Wiedererhebung der Menschheit begründeten Schlußfolgerungen zu ziehen.

Dann aber würde Ihnen, die Sie heute dank der Vergeßlichkeit und Langmütigkeit so vieler Menschen hier regieren können die Möglichkeit bald benommen sein von neuem Kriegen zu planen und die Opfer des alten Krieges, die noch nicht unter der Erde liegen, mit elenden Betrübsuppen zu verhöhn (Sehhafter Beifall.)

Abg. Gorphusa (Deutschnat.) weist darauf hin, daß die deutschen Regierungsparteien noch im Frühjahr das bekämpft haben, wofür sie jetzt stimmen.

Abg. Schuber (B. d. L.) rechristigt die zustimmende Haltung seiner Partei damit, daß bei Nichtzustandkommen des Gesetzes ein gelesener Zustand einreten könnte! Was ob dies ein Grund wäre, Verbesserungsanträge abzulehnen!

Abg. Jarka (tschech. Soz.) erklärt, es sei ein Unrecht, die vom Rentendruck anschließende Einkommensgrenze angesichts der allgemeinen Teuerung nicht zu erhöhen. Die tschechoslowakische in dieser Hinsicht hinter Frankreich, Polen und Deutschland zurück.

Während der folgenden Rede des christlichsozialen Abg. Jössel kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den christlichsozialen und den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten,

insbesondere dem Genossen de Witte und dem Redner, in die auch der Parteiführer des Jössel, Abg. Krump, eingriff. Genosse de Witte warf den beiden Christlichsozialen ihre ganze Einstellung vor, die darin besteht, in Versammlungen für die Kriegsverleihen einzutreten und im Parlamente alle Anträge, die dazu dienen, das Los dieser vom Schicksal grollam betroffenen Kategorie von Menschen zu mildern, niederzustimmen. Darauf verteilte sich Jössel auf die plumpsten Lippen. Er warf dem Genossen de Witte Demagogie vor, die angeblich darin besteht, daß de Witte bei der Budgetdebatte behauptet habe, die Anträge unserer Partei seien nur aus opportunistischen Gründen gestellt worden. Genosse de Witte berichtete sofort, er habe gelangt — und dafür sind genügend Zeugnisse vorhanden — daß das Verhalten der Christlichsozialen in dieser Frage die beste Agitation für die Sozialdemokratie sei. Die unernte Art des Abg. Jössel zeigte sich ein zweites Mal, als dieser eine Nummer des „Sozialdemokrat“ aus der Tasche zog und aus einem Druckfehler des Blattes Kapital zu schloß suchte. Er erobte nämlich daß der „Sozialdemokrat“ geschrieben habe, der Finanzminister wolle allen, die bis zu 75 Prozent erwerbsunfähig seien, die Rente entziehen. Diesen Druckfehler aber kann jeder aufmerksame Leser erkennen, weil in allen Artikeln und Notizen, die unser Zentralorgan über die Frage der Invaliden geschrieben hat, nicht von 75, sondern von 25 Prozent die Rede ist. Es ist nur ein Feinden des schlechten Gewissens der christlichsozialen Partei, wenn sie mit solchen Mitteln ihre wahre Haltung gegenüber den Kriegsinvaliden verdecken will.

Abg. Bergmann (tschech. Natsoz.) erklärt, daß sein Staat die Kriegsinvaliden so pfämütterlich behandelt, wie die tschechoslowakische.

Abg. Simm (deutsch. Natsoz.) sagt, daß die Härte des Staates für die Kriegsinvaliden vollkommen ungenügend sei.

Abg. Schuber (B. d. L.) behauptet, daß die weitergehenden Forderungen keiner Partei, ungeachtet ihrer Abtümung aufrecht bleiben. (Da haben die Invaliden schon etwas davon.)

Abg. Koppf (Komm.) führt aus, daß für den Militarismus und vertriebe Banken Millionen verschwendet werden, während an den Kriegsinvaliden geknarrt wird.

Damit war die Debatte abgeschlossen. Nachdem noch die beiden Berichterstatter gesprochen hatten, wird zur Abstimmung geschritten. Alle Verbesserungsanträge der Opposition, auch die Anträge unserer Genossen werden abgelehnt.

Die deutschen Aktivisten stimmen selbstverständlich gegen diese Anträge.

Das Gesetz wird schließlich in der Ausschussfassung angenommen, die Mehrheit hatte ein paar Resolutionsanträge gestellt, um den Invaliden etwas zu verschaffen. Mit diesen Versprechungen wird freilich das Los auch nicht eines Kriegsverleihen verbessert.

Nach dieser Abstimmung erhaltet Abg. Dubitsch den Bericht über die Verlängerung des Gesetzes betreffend außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. Das desbzugliche Gesetz läuft nämlich mit Ende des Jahres ab. Durch die Verlängerung soll die Zahl der Wohnungen nicht verkleinert und den Staatsbeamten und Lehrern soll die Sicherung einer Wohnung erleichtert werden.

Dazu spricht von unserem Klub

Abg. Genosse Schuster

Durch Beschluß der gesetzgebenden Körperschaft wurde im Jahre 1922 das Wohnungsbeschlagsgesetz der Gemeinden praktisch außer Wirksamkeit gesetzt. Nachdem aber die Regierung für ihre Bedürfnisse ein Wohnungsbeschlagsgesetz benötigte, wurde ein solches geschaffen und zwar zu dem Zwecke, um in der Hauptstadt deutsche Staatsbedienstete in städtische Gebäude und umgelöst für ungeschädigt verfahren zu können. Das Gesetz ist nun in allen folgenden Jahren immer wieder verlängert worden so auch diesmal. Wir sind nun praktisch diese besondere Wohnungsfürsorge, welche der städtischen Behörden anleibt, was die Bevölkerung verführt, das will ich mich bemühen, an einem Beispiel aufzuzeigen: In der Gemeinde Bergreithen wurde vor zwei Jahren die städtische Holzboarbeitschule aufgelassen. Das der Stadt gehörende Gebäude wurde nun von der Stadtgemeinde dazu benützt, das Schülerinternat des Realgymnasiums in diese Anstalt zu verlegen und in dem Internat durch Umbauten die Möglichkeiten für eine größere Anzahl von Kleinwohnungen zu schaffen. Außerdem wurde in dem freigebliebenen Gebäude eine Waisenpflanz, eine Mutterberatungsstelle und eine Jugendfürsorgeeinrichtung eingerichtet. In Bergreithen herrscht fürchterliche Wohnungsnot wie überall. Die Wohnungsverhältnisse sind die denkbar traurigsten, die Menschen wohnen dort in elenden Löchern zumengedrängt, kurz und gut, es ist Wohnungsnot wie leider überall. Eines Tages erhält nun die Gemeinde Bergreithen von der politischen Bezirksverwaltung in Schüttenbach die Mitteilung, daß die politische Behörde über Antrag des Bundesweiser Pöblistenkommandos die abendliche Räumung vollständig zum Zwecke militärischer Einquartierung in beschlagsnahmen. Jemandem gesellschaftliche Begründung der Gemeinde zu übermitteln, hat man nicht für notwendig erachtet, sondern hat einfach 250 Soldaten mit Sach und Pack geschickt, sie haben die Jugendfürsorge, sie haben die Waisenpflanz, sie haben die Mutterberatungsstelle einfach auf Pflaster gelegt.

Es herrscht Wohnungsnot, Wohnungsnot ist überall, die Menschen müssen in elenden Löchern hausen, Angesichts dieser traurigen Zustände müssen wir uns fragen: Was ist mit dem neuen Bauförderungsgesetz? Seit April 1925 ist das alte Gesetz außer Wirksamkeit getreten. In den bürgerlichen und in den Regierungskreisen kann man die tschechoslowakische Bauförderung sehr oft über den grünen Bogen loben hören. Ich will Ihnen an einem Beispiel zeigen, wie ungerecht diese Lobeshymne ist. Die tschechoslowakischen Gemeinden als Erbauer von Wohnhäusern haben insgesamt während der ganzen Bauförderungsperiode 12.496 Wohnungen zustande gebracht. Ich stelle demgegenüber nur das, was die Gemeinde Wien in der Zeit vom Jahre 1922 bis September 1926 gebaut hat, nämlich nur 25.000 Wohnungen. Die Gemeinde Wien hat also für eine Stadt, die ein Siebentel der Bevölkerung des tschechoslowakischen Staates darstellt, in derselben Zeit, ja in einer noch kürzeren Frist die doppelte Anzahl von Wohnungen zu bauen vermocht, wie alle tschechoslowakischen Gemeinden zusammen zur gleichen Zeit. Außerdem baut Wien gegenwärtig wieder an 3000 Wohnungen. Das einzig, was man hier in diesem Staate als besonders günstiges und wichtiges Moment für die Bauförderung bürgerlicherseits ins Treffen führt, ist die

Auflassung des Mieterschutzgesetzes.

Der Mieterschutz hat es der bürgerlichen Politik in diesem Staate angean und man erwartet nun das Heil von der Auflassung des Mieterschutzgesetzes. Das neue Bauförderungsgesetz, das im Juni dieses Jahres aufgelegt wurde, zeigt so ganz deutlich, wohin der Weg der Bauförderung führen soll. Nach diesem Gesetzentwurf sollen die Mieter in sechs Jahren den Betrag von rund vier Milliarden Kronen aufbringen. Seit Monaten ergötzt sich die bürgerliche Presse in wüsten Beschimpfungen gegen die Sozialversicherung, in schmerzlichen Wehklagen darüber, daß die ganze Wirtschaft wegen der So-

zialversicherungsbeträge der Unternehmer zugrunde gerichtet wird. Diese Beiträge der Unternehmer betragen im Jahre höchstens 215 Millionen Kronen. Da geht der Staat zugrunde. Wenn aber den Mietern, und unter ihnen wieder in weitaus größtem Maße den proletarischen Mietern, den Arbeitern, innerhalb von 6 Jahren eine Summe von 4000 Millionen Kronen abgeknöpft werden soll, um die Rinsgeier zu betriebligen, um den staatlichen Wohnhaufonds zu schaffen, so macht das augenblicklich nach Auffassung der bürgerlichen Politik unserer Volkspolizei gar nichts. Das vertraut unsere Volkspolizei noch.

Die Mieter aber sollen nun die Annehmlichkeit erleben, innerhalb von sechs Jahren ihren gegenwärtigen Mietbeitrag um das Vier- und Fünffache im erhöhten Ausmaße zu bezahlen. Eine Arbeiterwohnung, die heute noch nach den gesetzlichen Bestimmungen 50 K kostet, soll also im Betrag von 250 Kronen in sechs Jahren hinausgetrieben werden. Doch wir natürlich gegen solche gesellschaftliche Vorkläge und Maßnahmen sind, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber in der Vorlage wird der Mieterschutz nenerlich gelockert, ja durch den § 54 soll er sogar beseitigt werden. Dieser Paragraph belegt, daß sich Gemeinden, die den Baubeitrag nicht bezahlen, von diesen dadurch befreien können. Doch sie allerdings mit Zustimmung der politischen Behörde 2. Instanz, das Mieterschutzgesetz überhaupt bekräftigen können. Wir sehen also eine Bauförderung, die nichts anderes ist, als ein schwer reaktionäres Gesetz. Wir sehen auch weiterhin einen Abbau des Mieterschutzgesetzes und ich muß angesichts dieser Sachlage die Frage stellen: Ist denn der Mieterschutz im gegenwärtigen Moment noch nicht abgebaut genug? Haben die Hausbesitzer nicht ohnedies Möglichkeiten genug, ihre Mieter auf Pflaster zu legen? Sind nicht die Rechtsanwälte der Hausbesitzer schon auf alle möglichen Anisse gekommen, um die Mietparteien auf Pflaster zu setzen und die heutigen Forderungen des Mieterschutzgesetzes sind ja betraglicher Natur, daß wenn sich der Mieter in die Maschen dieses Gesetzes verstrickt, er unweigerlich auf Pflaster gelegt wird. Wie weit die Dinge sich da schon entwickelt haben, soll Ihnen ein kleines Beispiel der jüngsten Tage zeigen: Ein Karlsboder Hausbesitzer, der infolge der fortschreitenden Verarmung heute noch 15 Häuser besitzt, hat es glücklich zustande gebracht,

eine arme Witwe mit drei Kindern im Wege der gesetzlichen Räumung auf Pflaster zu legen.

Was hat die arme Frau gemacht?

Sie hat zur Gütlichkeit gegriffen und liegt heute sterbend im Krankenhaus.

Die Kinder sollen der öffentlichen Fürsorge zur Last. Das sind die schönen Auswirkungen, die die gegenwärtige Möglichkeit der Freibeißen des Mieterschutzes zulassen. We wird es erst werden, wenn natürlich ein neues Mieterschutzgesetz noch weit durchlässigere Bestimmungen beinhaltet, um gegen die Mieter die Hausbesitzer loszulassen. Wir müssen also an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit die Novellierung dieses Gesetzes und unserer Forderung nach einem neuen wirklich guten und zweckentsprechenden Bauförderungsgesetz neuerdings Ausdruck verleihen. Wir fordern die Regierung auf, und insbesondere das Ministerium für soziale Fürsorge, dessen ministerieller Vertreter den Mieterschutz gerne auf die lange Bank hinausschieben will, sofort daran zu gehen, ein zweckentsprechendes Gesetz vorzulegen, damit durch Schaffung eines ordentlichen Bauförderungs- und Mieterschutzgesetzes diese Gesetze, die wir nie anerkennen, beseitigt werden, weshalb wir heute von dieser Stelle aus erklären müssen, daß wir gegen die Vorlage votieren werden. (Beifall.)

Nach dem Genossen Schuster spricht Abg. Ing. Jaboritz (tsch. Nat. Soz.), verlangt, daß die Gültigkeit des Gesetzes mit dem gleichen Datum befristet werde wie das Mieterschutzgesetz, nämlich bis zum 31. März 1928.

Abg. Vinobec (tsch. Soz. Dem.) weist noch, daß das gegenwärtige Regime sich um die Wohnungsfürsorge überhaupt nicht kümmere. Die Partei des Redners verlangt die Verlängerung des Gesetzes über die Bauförderung in seiner ursprünglichen Fassung.

Abg. Jössel (Nat. Dem.) betrachtet die Vorlage als Rotgesetz.

Danach wird um 5 Uhr 15 Minuten die Sitzung zum Zwecke der Lüftung des Saales unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung spricht Abg. Gorphusa (Deutschnat.), der sich gegen das Gesetz ausspricht und Abg. Scherzba, der ausführt, daß das Gesetz nicht anzuwenden sei, die transigen Wohnungsverhältnisse zu heben, worauf zur Abstimmung geschritten wird. Alle oppositionellen Anträge werden in gewohnter Weise von der Mehrheit abgelehnt und die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen.

Dann hielt der Vorsitzende dem Verstorbenen ehemaligen tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Saffl einen Nachruf, wobei Kreibich den Freischruf machte, worum seinerzeit beim Tode Saffls die kein Nachruf gehalten wurde. Die Kommunisten und unsere Genossen gingen hinaus, die letzteren bedrohen, weil bedeutenden Staatsmännern des Auslandes, soferne sie der Arbeiterklasse nahestanden, wie z. B. beim Tode des deutschen Reichspräsidenten Gen. Ebert, kein Nachruf erhalten wurde und weil Saffl der Träger eines Gewaltregimes gewesen ist, das sich oft und oft in brutaler Weise gegen die Arbeiter gewandt hat.

Nach Erledigung von Immunitätsfällen und Ablehnung einiger kommunistischer dringlichen Interpellationen für die unsere Genossen stimmten, wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch, halb 4 Uhr nachmittags.

# Auch im Senat ist jede Kritik Mussolinis verboten!

## Genosse Zoll erhält wegen seines Protestes gegen die Intervention des italienischen Gesandten in der Salabanoff-Affäre den Ordnungsruf.

In der Nacht auf Freitag war als vorletzter Redner noch Genosse Zoll zu Worte gekommen, der sich mit dem Außenministerium und dem Ministerium für nationale Verteidigung befaßte. Dem Außenminister wirft er, ohne sich mit der gegen ihn geführten Debatte identifizieren zu wollen, namentlich vor, daß bis in die jüngste Zeit die Wirtschaftspolitik vollständig vernachlässigt wurde. Das Verteidigungsministerium legt sich über alle Beschlüsse des Völkerbundes hinweg und rüßt ruhig weiter; Venedig macht zwar äußerlich dem Völkerbundgedanken seine Reverenz, versucht aber durch allerlei Winkelzüge und Vorbehalte jeden positiven Abrüstungsbeschluß zu hintertreiben.

Genosse Zoll kam dann auf die jüngste Krise am Balkan infolge des italienisch-albanischen Vertrages zu sprechen und verwies darauf, daß

der Völkerbund bisher kein Wort gegen die kulturell-ökonomische Vergewaltigung der Deutschen und Slowenischen in Italien gesagt hat. Er hat sich noch nicht ausgesprochen, daß ein voll und ganz nach dem Rechtswort der Kriegsgesetze anerkannter, auch an der Grenze Italiens gegen Frankreich droht Gefahr. Ebenso wie im Jahre 1914 beginnen sich die Dinge zu entwickeln. Der Leiter unseres Außenministeriums sieht aber scheinbar seine Aufgabe darin, das Nutzregime des italienischen Faschismus in Schutz zu nehmen. Auf das Einschreiten des italienischen Gesandten wegen der Behandlung der Salabanoff-Affäre im Parlament durch den Genossen Schäfer antwortend, verwahrt sich Genosse Zoll gegen jede Ermächtigung fremder Staatsbürger, welchem Staate immer sie angehören mögen, in die Rechte und in den Wirkungskreis unseres Parlamentes. Wir müssen uns namentlich dagegen verwahren, daß das Außenministerium, statt sich solche Einmischungen zu verbieten, noch anderen Faktoren die Rolle eines russifischen Pütelis zumutet (Beifall).

In seiner weiteren Rede befaßte sich Genosse Zoll ausführlich mit den beiden letzten sabelnässigen Reden des Verteidigungsministers Udrzál und verweist darauf, daß das Tempo unserer Rüstungen eigentlich nicht vom Ministerium bestimmt wird, sondern bloß von der Leistungsfähigkeit unserer Kriegsindustrie. Selbst die gegenwärtige mehr als beschleunigte Kontrolle der militärischen Ausgaben durch die parlamentarischen Faktoren ist dem Ministerium schon zu viel und so wurde der Rüstungsstand eingeführt, der jeder parlamentarischen Kontrolle entzogen wird.

Gegenüber den Erklärungen Udrzál's, daß wir

noch zu wenig Gewehre und Geschütze hätten, zeigt Genosse Zoll an Hand der Budgetziffern, daß für den Militarismus in den Jahren 1918 bis 1923 mehr als zwanzig Milliarden ausgeworfen wurden, davon 1950 Millionen für Geschütze und 226 Millionen für Handfeuerwaffen. Das Militärflugwesen, über dessen Vernachlässigung im Budget Udrzál so jammerte, hat in dieser Zeit immerhin die anständige Summe von 888 Millionen verschlungen.

Die Erleichterungen, die der Verteidigungsminister bei den nächstjährigen Waffenausgaben angekündigt hat, sind viel zu gering. Wir fordern namentlich daß der ehemalige Kriegsteilnehmer und den gemäß dem Kriegsdienstleistungsgesetz Eingezogenen die Waffenausgaben überhaupt nachgelassen werden; so aber hat man selbst 40prozentige Kriegsinvalide zur Waffenausgabe einberufen!

Die Beschwerden der Mannschaft über die schlechte Behandlung seitens der Vorgesetzten lassen trotz aller gegenteiligen Versicherungen nicht nach, wie dies Genosse Zoll an einer ganzen Reihe von Fällen aus dem Bereich sächsischer Regimenter nachweist. Die Folgen dieser schlechten Behandlung zeigen sich dann in der ungemessen großen Zahl von Soldaten, die im Jahre 1924—25 allein 116 betrogen. Der Abbau der Feuerkraft für die Mannschaft hat unter den Soldaten eine starke Erregung hervorgerufen; auch die Antimündung Udrzál's über die Verbesserung der Mannschaftsverpflegung ist eine Augenmaßmaßnahme, da das Monatsgeld am 1. Oktober 1925 bei einem Lebensmittelpreis von 875 5 Kronen 13 Heller betrug, während heute, trotzdem der Index auf 978 hinaufgeschwollen ist, das Monatsgeld nur 5 Kronen 3 Heller ausmacht.

Zum Schluß behandelte Genosse Zoll noch ausführlich die verschiedenen militärischen Korruptionsfälle, die noch nach Aufklärung schreiben, und schloß sodann unter dem Beifall unserer Genossen mit der Versicherung:

daß die Bekämpfung des Militarismus immer unsere heiligste Pflicht sein wird.

Auch im Senat läßt der Lokalegeist der Koalition Mussolini gegenüber nichts mehr zu wünschen übrig. Der Vorsitzende Dr. Fruban fand einige Ausdrücke, die Genosse Zoll bei der Besprechung der Intervention des italienischen Gesandten in der Salabanoff-Affäre gebraucht hat, für unzulässig und erteilte deshalb dem Genossen Zoll nachträglich den Ordnungsruf.

lange zu geben. Es war diese widerlich anzuhören, was für ergreifende Töne der Herr Senator für das Gland der Kriegsinvaliden fand, wenn man sich daneben die Tatsache vergegenwärtigt, daß derselbe Volkswortführer dann hingibt und Krustellos für das Budget stimmt, das die Kriegsschädigten um 145 Millionen verläßt. Ein bißchen mehr politische Unständigheit und Anständigkeit wäre dringend vonnöten. Diese doppelte Buchführung der deutschen Missionen einmal für die Koalition und ein zweitesmal für die Wähler bedrauchen, wird man den Herrschaften immer und immer wieder vorhalten müssen, damit sich die Wähler durch ihre verlogenen Reden nicht irreführen lassen.

Von den weiteren Rednern hat Nicht (sch. Rat. Soz.) als Kandidat der tschechischen Journalistengewerkschaft die Rotwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Dienstverhältnisses der Journalisten sowie ihrer Invaliden- und Altersversicherung ausführlich dar. Zwei slowakische und ungarische Redner beenden die heutige Rednersitzung, worauf die Sitzung gegen 10 Uhr abends geschlossen wird.

Fortsetzung der Debatte Montag um 3 Uhr nachmittag.

### Eine Interpellation wegen der aufgelösten Salabanoff-Verammlung in Prag.

Abgeordneter Gen. Dr. Czod hat an den Minister des Innern wegen der Auflösung der Versammlung der Genossen Salabanoff in Prag eine Interpellation gerichtet, in der es heißt:

Die Bezirksorganisation der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Prag hatte für den 25. November 1926 eine Versammlung einberufen, in welcher Frau Angelika Salabanoff über das Thema „Der Faschismus, Mussolini und die italienische Arbeiterbewegung“ halten sollte. Die Anmeldung der Versammlung, die Referentin und das Thema wurden von der Polizeidirektion in Prag zur Kenntnis genommen. Trotzdem wurde Frau Salabanoff sodas bei ihrer Ankunft in Prag zur Polizei vorgeladen und ihr hier die Unterfertigung eines Reverses aufgedrängt, wonach sie weder über die Person Mussolini, noch über das faktische Regime sprechen wird. Da dieser Revers in offenem Widerspruch mit der bereits erfolgten Veröffentlichung des Vortrages und seines Themas stand, mußte man veranlaßungsgemäß annehmen, daß es sich um eine bloße Formalität handelt, durch welche sich die Polizei gegen etwaige Reklamationen der italienischen Gesandtschaft wehren wollte. Aber diese

Annahme erwies sich als irrig. Der in der Versammlung anwesende Regierungskommissar Schrift bei den ersten Rücksichtlosigkeit ein, verlangte, was wohl in der Geschichte des Versammlungsrechtes einzig dasteh, als Regierungsvorsteher in der Versammlung das Wort und löste, da die Vortragende selbstverständlich fortfuhr, über das von der Polizeidirektion ausdrücklich genehmigte Thema zu sprechen, die Versammlung auf. Wenige Augenblicke, nachdem er die Auflösung ausgesprochen hatte, erschien ein großes Polizeiaufgebot, welche also schon in Bereitschaft gehalten worden sein mußten und trugen die Versammlungsteilnehmer aus dem Lokal.

Die Versammlung, deren sich angesichts dieser kraßen Verletzung der Versammlungsfreiheit namentlich große Erregung bemächtigt hatte, bezog sich hierauf über Einladung des Seniors Dr. Soukup in das Vidovy dum, um dort an einer internen, auf geladene Gäste beschränkte Zusammenkunft teilzunehmen. Obwohl allen Anwesenden die durchwegs entwerd Mißglieder der sozialdemokratischen Partei oder sonst den Einberufern persönlich bekannt waren, auf Namen lautende Einladungen ausgestellt worden waren, machte der Regierungsvorsteher, der sofort in das Vidovy dum geeilt war, den Versuch, auch diese Veranstaltung zu sprengen. Erst nach langwierigen Verhandlungen mit der Polizeidirektion konnte die nicht öffentliche, auf geladene Gäste beschränkte Versammlung abgehalten werden.

Am darauffolgenden Tage erschienen wiederholt Geheimdeputierte in dem Hause, welches der Abgeordnete Taud bewohnt, um sich nach dem Verbleib der Frau Angelika Salabanoff zu erkundigen, welche in der Wohnung des Abgeordneten Taud übernachtete. Die Polizeidirektion stellte zwar über Intervention des Abgeordneten Taud in Ärede, daß sie diese Deputierte entgegen hat, doch erfordert dieser Vorfall dringend eine Untersuchung.

Die fragen der Herrn Minister:

1. Ist er geneigt, die angeführten Vorfälle zu untersuchen und nach Feststellung von Geschwürigkeiten die entsprechenden Maßnahmen zu treffen?

2. Ist er bereit, die ihm unterstellten Organe dahin zu belehren, daß sie die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit zu respektieren haben?

Konferenz der tschechischen Städte. Der tschechischslowakische Städteverband beruft für Sonntag,

den 12. Dezember über Beschluß seines Präsidiums nach Prag einen außerordentlichen Stadtkongress ein, der im Sitzungssaal des Altschäfer Rathhauses tagen wird. Auf der Tagesordnung stehen die dem Abgeordnetenhaus vor einiger Zeit von der Regierung unterbreiteten Gesetzesentwürfe über die Neuregelung der Finanzwirtschaft der autonomen Körperschaften, vor allem der Gemeinden und die Steuerreform.

**Tschechoslowakische „Wohnungs-Zürge“.** Die Gemeinde Rodulub hat im April 1925 um Zuteilung von Boden von dem beschlagnahmten Meierhof in Rodulub angeführt. Die Gemeinde benötigt diese Gründe zur Erzielung von Wohnbauten, da die Wohnungsnot in der Gemeinde bereits einen solchen Grad erreicht hat, daß Menschen in alten Pferdeställen zu wohnen gezwungen sind. Auch die Anlage eines kommunalen Friedhofes mit der Anlage eines Spielplatzes sind dringend notwendig. Obwohl aus allen diesen Gründen die Zuteilung von Boden an die Gemeinde Rodulub ein Lebensinteresse der Gemeinde darstellt, hat das Finanzministerium in Pilsen, dem diese Umstände doch wohl bekannt sein müßten, sich über die dringenden Bedürfnisse der Gemeinde rücksichtslos hinweggesetzt und ohne die Gemeinde auf ihre zahlreichen Eingaben und Urgehen auch nur einer Antwort zu würdigen, 76 Hektar Grund verteilt, wobei insbesondere die Rodulub jednota posumavská viele Hektar wertvollen Baugrund nahezu geschenkt erhalten hat. Die Gemeinde wird durch dieses rücksichtslose, dem sozialen Sinn der Bodenreform fast widersprechende Vorgehen gezwungen, teure Baugründe anzukaufen, was aber ihre finanzielle Tragfähigkeit weitest übersteigt. Diese Verhältnisse hat Abgeordneter Leibi in einer Interpellation an die Regierung zur Sprache gebracht und hierbei die Anfrage gestellt, ob die Regierung bereit sei, dem Bodervant sofort den strikten Auftrag zu erteilen, daß der Gemeinde Rodulub ein ihrem Bedürfnissen entsprechendes Ausmaß an Boden von dem beschlagnahmten Großgrundbesitz in Rodulub zugegeben wird?

**Im Jubiläumswahl des Abgeordnetenhauses** wurde beschlossen, einen Antrag der Reichspartei, der dem jährlichen Vorsitzenden das Recht gibt, wenn kein Beschluß des Präsidiums vorhanden ist, gewisse Maßnahmen zu treffen, dem Redaktions- und Verlagsausschuß zugewenden. Der Antrag der Gewerkschaften betreffend Veränderung des Gesetzes über den Weiterbestand der Gewerkschaften wird dem Sozialpolitischen Ausschuss zugewiesen.

# Die Gleichberechtigung in Theorie und Praxis

Am Sonntag, den 5. Dezember, hielt Minister Dr. Spina in Landstion eine „große“ politische Rede. Dr. Spina sagte u. a. folgendes: Wir haben unseren Anteil an der Nacht angedeutet auf Grund der unermesslichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung unseres Volkes und haben von diesem Anteil Besitz genommen als vollberechtigte Mitglieder.

Der Anteil des dreißigst Millionenvolkes des Staates als Gleichberechtigte, das ist die Bedingung, die wir gestellt haben. Anerkennung der nationalen Gleichberechtigung, das ist der springende Punkt, alles andere ist wertlos!

Prag gebührt, Löwe! Als vollberechtigte Mitglieder haben also die deutschen Regierungsparteien von dem ihnen gebührenden Machtanteil Besitz genommen. Die Gleichberechtigung ist die von ihnen gestellte Bedingung, der springende Punkt. Das ist die Theorie, die bekanntlich grau ist. Die Wirklichkeit dagegen soll ruhig sein. Wenn man aber fragt, wie sich seit dem Eintritt der deutschen Landwinder, Christlichsozialen und Gewerkschaften in die Regierung Sozials in der Praxis die gerühmte Gleichberechtigung der Deutschen auswirkt, muß die Antwort lauten, daß hiervon bis jetzt für die breite Öffentlichkeit nichts zu verspüren ist.

Ein besonderes Kapitel, wo der verkündeten Gleichberechtigung kein jeder ein schwerer Schlag um den anderen ins Gesicht verkehrt wurde, ist die Bodenreform. Auf diesem Gebiete ist nach den Erfahrungen der organisierten deutschen Kleinlandwirte und Hausler nicht die mindeste Umkehr von der bisherigen nationalitätlichen Tendenz zugunsten der Tschechen zu verzeichnen.

Wie immer noch der von Spina so hoch gepriesenen Gleichberechtigung der Deutschen zum blauen Hohn die Bodenreform ganz einseitig im Sinne der Tschechisierung durchgeführt wird, belehrt uns das nachstehende Beispiel — aus Duzovce herausgriffen — sehr deutlich.

Die deutsche Bäcker des im Bezirke Begrodol gelegenen Meierhofes Gastoř der Rodulubischen Domäne in Rodulub erhielten folgende Beschrift:

Rodulubství velkostatků v Rodulubě n. L.

Das Staatsbodenamt in Prag hat sich entschieden, die Grundstücke der Domäne Rodulub in der dortigen Gemeinde behufs Durchführung der Bodenreform nun nach der heutigen Ernte zu übernehmen und den Bewerbern, welche bei Durchführung der Bodenreform in Betracht kamen, nach dem Anteilungsbescheide zuzuteilen. Demzufolge wird auf Grund des § 10 und 13 des Pachtergesetzes vom 27. Dezember 1924 die mit Ihnen bestehende Pachtung nun aufgelöst und werden Sie daher ersucht, sich der weiteren Behandlung des Grundstückes R. 2. 1185 in der Rodulubischen Gemeinde Rodulub zu enthalten und uns darüber wegen Vereinerung an das Bodenamt zurückzugeben.

Die deutschen Bäcker, die zum Teil dem Zentralverbande der deutschen Kleinbauern und Hausler, Sitz Teplitz-Schonau, zum Teil der agrarischen „Reimstätte“ angehören, haben natürlich ihre Ansprüche auf Grund des Zuteilungsgesetzes vom 30. November 1920 schon längst angemeldet. Als bisherige Pächter, als qualifizierte Bewerber rechneten sie darauf, daß ihre Besuche günstig erledigt würden. Und das um so mehr, als sie den Grund und Boden zur Sicherung ihrer Existenz wirklich brauchen.

Aber sie haben sich gehörig verrechnet! Wie sieht die Durchführung der Bodenreform auf dem Rodulubischen Hofe im Gastořer Gebiete in Wirklichkeit aus? Der bisherige tschechische Meierhofpächter Simal soll den Hof samt 90 Hektar Grund käuflich übernehmen. Zwischen der Domäne und dem Genannten ist der Kaufvertrag bereits abgeschlossen und liegt zur Genehmigung im Staatsbodenamt in Prag. Den tschechischen Bewerbern aus der Gruppe der Kleinlandwirte, 42 an der Zahl, wurden bereits 60 Hektar zugeteilt. Von diesen glücklichen Bewerbern sind 12 in Gastoř, drei in Rodulub und 27 auf einer neuen Siedlung in Rodulub. Die Zahl der deutschen Bewerber ist größer, in Gastoř allein sind 16 organisierte Kleinlandwirte — sie alle gingen vollständig leer aus. Während die tschechischen Bewerber durchschnittlich 1 1/2 Hektar Grund zuteilt erhielten und daraus noch unzufrieden sind, weil sie mit mindestens 3 Hektar für jeden einzelnen rechnen, erhielten die deutschen Bodenbewerber, obwohl sie bisher langjähriger Pächter waren, überhaupt nichts!

So sieht in der rauhen Wirklichkeit, von der Herr Minister Dr. Spina keine Blässe blühen zu haben scheint, das hohle Wort von der Gleichberechtigung aus! Der Titelnarr der Landwinderischen „Reimstätte“, Abg. Böhm, hat in seiner letzten Parlamentsrede gesagt, daß beim Zuteilungsverfahren die deutschen nur 2 Prozent des beschlagnahmten Bodens erhalten, hat 38 Prozent, der ihnen gebühre. — Er hat anschließend daran nochmals das Selbigen gestellt, daß alle noch unzureichend vorliegenden Gesuche der deutschen Bodenbewerber, inwiefern noch die Zuteilung in deutschen Gebiete erfolgt, vollkommen vernachlässigt zu finden.“ Wie dieses Verlangen des Regierungsmannes Abg. Böhm vom Staatsbodenamt beachtet wird, zeigt der Fall Gastoř deutlich genug. In seinem eigenen Wahlkreis wird mit seinen durchaus berechtigten Wünschen direkt Schindluder getrieben.

Unter solchen Umständen muß man die Worte des Ministers Dr. Spina werten als leeres Wortgefluge, als schillernde Phrasen, das bestimmt, den Wählern den politischen Unfall der Landwinder Pächter zu machen.

## Das Budget im Senat.

### Genosse Pollach zum Kapitel Schulen.

In der gestrigen Sitzung, die von 10 Uhr früh bis 10 Uhr abends dauerte, wurde zunächst die Debatte über die politische Budgetgruppe beendet.

Zur kulturell-sozialen Gruppe sprachen Cipeřa (sch. Rat. Soz.) und der slowakische Agrarier Roboěel.

Telchner (d. Rat. Soz.) befaßte sich über die wichtigste Nichtbeachtung der deutschen Belange im Budget, an dem auch der Regierungsvorsteher der Aktivisten nichts geändert hat.

Baza (sch. Rat. Soz.) tritt für die bessere Entlohnung der Hochschullehrer ein und fordert die Reinigung der Schule von unzuverlässigen, sozialistischen Elementen.

Sodann befaßte Genosse Pollach in formvollender Weise den ungeheuerlichen Rückschritt auf dem Gebiete unseres Schulwesens, der immer sichtbarer zutage tritt. Von der Schulreform ist nichts mehr zu hören, dafür aber um so mehr von der vormilitärischen Erziehung der Jugend durch Herrn Udrzál. Mit unerträglichem Scherz zeichnet Genosse Pollach das Schulideal des Bürgeriums, das die Jugend nur zu verlässlichen Stützen der heutigen Geschäftsordnung heranreifen will, und stellt dem gegenüber das sozialistische Schulideal in seiner überzeugenden Klarheit. Nach einer knappen, aber um so wichtigeren Schilderung der Forderungen des deutschen Schulwesens auch im Zeitalter der deutschen Minister, widerlegt Genosse Pollach die Legende, als ob die Autonomiepläne des Herrn Hodža auch nur irgend etwas mit der Forderung nach einer kulturellen Schulautonomie zu tun hätten, und hält den Bürgerlichen ihr ureigenes Autonomieprogramm vor, das Spina seinerzeit ausgearbeitet hatte und das sie heute um der Sülle und der Kongruenz willen so schön verrotten. — Wir werden auf die von innerer Überzeugung getragenen und in gewissen maßvoller Weise vorgebrachten Ausführungen des Genossen Pollach noch ausführlicher eingehen.

Auch Herrl (T. Rat.) befaßte sich ausführlich mit den deutschen Schulverhältnissen.

Alcat (sch. Rat. Soz.) polemisiert gegen die letzten Sonntagreden der deutschen Minister.

Tschapel eine ausgesprochen oppositionelle Rede voller Anklagen und Beschwerden. Es scheint überhaupt die neueste Taktik der Aktivisten zu sein, sich durch oppositionelle Redereien, die in ihrer Presse entsprechend aufgemischt werden, weiter den Anschein mächtiger Streiter für die deutschen Be-

# Nitola Basić gestorben.

Belgrad, 10. Dezember. Nitola Basić, der sich seit Ausbruch der Ministerkrise großen physischen Anstrengungen ausgesetzt hatte, ist heute nacht plötzlich schwer erkrankt und heute früh gestorben.

Mitternachts um 9 Uhr abends empfing Basić einen Portiergänger und den gegenwärtigen Handelsminister Dr. Zojic. Nachdem diese das Haus verlassen hatten, setzte sich Basić mit seiner Frau und Tochter zum Essen. Während der Mahlzeit wurde Basić, der sich ganz wohl gefühlt hielt, von einem Ohnmachtsanfall befallen. Die Frau rief sofort den Arzt, sowie den radikalen Abgeordneten Zuboff. Basić kam nach kurzer Zeit wieder zum Bewusstsein und sprach einige unverständliche Worte mit schwacher Stimme. Gegen 1 Uhr verfiel er neuerlich in Bewusstlosigkeit und heute um 8 Uhr 17 Minuten gab er seinen Geist auf.

Die Nachricht vom dem Ableben Basićs in dem gegenwärtigen ersten Augenblick hat insbesondere bei den Mitgliedern des radikalen Reichstages Bestürzung hervorgerufen. Nach der Besprechung im Palais wurde die Lösung der Ministerkrise veranlagt.

## Ein verfassungswidriges Gesetz

Das Abgeordnetenhaus verhandelte am Donnerstag das Gesetz über die Gebühren für Amtshandlungen. Die Vorlage ist ein Ermächtigungsgesetz, auf Grund dessen die Regierung die Gebühren für die Amtshandlungen im Verwaltungswege festsetzen kann. Damit werden die Staatsbürger einer Beschränkung unterworfen, deren Ausmaß der Willkür der Regierung unterworfen ist. Dagegen wandte sich bei der Verhandlung der Verlags Gen. Hadenberg. Er führte u. a. aus:

§ 111 des Verfassungsgesetzes sagt ausdrücklich, daß Steuern und öffentliche Abgaben überhaupt nur auf Grund eines Gesetzes erheben werden dürfen. Wir haben noch eine andere Bestimmung der Verfassungsurkunde, welche bei dieser Gelegenheit in Betracht zu ziehen ist, d. h. § 55, welcher besagt, daß die Regierung Verordnungen nur zur Durchführung von Gesetzen zu erlassen berechtigt ist, also Durchführungsvorordnungen zu einem Gesetz. Es wird wohl niemand in diesem hohen Hause geben, der der Regierung das Recht zusprechen würde, die einzelnen Steuererlässe im Verwaltungswege festzusetzen, sondern jeder wird aus der Bestimmung des § 111 der Verfassungsurkunde herauslesen, daß, wenn eine Abgabe nur im Wege eines Gesetzes eingehoben werden darf, im Gesetz nicht nur die Summe der einzubehaltenden Gebühren enthalten sein muß, sondern auch die einzelnen Sätze angegeben sein müssen, die der Bevölkerung auferlegt werden sollen. Dieses Gesetz, um dessen Verlängerung es sich bei der gegenwärtigen Vorlage handelt, das Gesetz vom 3. April 1925, § 53, enthält nicht nur die Sätze, die Gebühren und Abgaben, die eingehoben werden sollen, sondern dieses Gesetz ermächtigt lediglich die Regierung, für Verwaltungsakte Gebühren und Abgaben für Handlungen in Verwaltungsakten einzubehalten und es schreibt der § 59 dieses Gesetzes vom 3. April 1925 lediglich vor, daß die Regierung verpflichtet sei, innerhalb 14 Tagen der gesetzgebenden Körperschaft die Verordnungen, die sie auf Grund dieses Gesetzes erlassen hat, zur Genehmigung vorzulegen und falls diese genehmigt würden, verleiht die Verordnung die Gesetzeskraft. Auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes hat die Regierung seit 3. April 1925 bereits zwei Verordnungen erlassen, durch welche Amtsbehandlungen mit ganz bedeutenden Gebühren und Abgaben belastet worden sind. Schon im Jahre 1925, als das Gesetz, dessen Gültigkeit jetzt verlängert werden soll, durch die in Verhandlung stehende Vorlage verhandelt wurde, hat man eingewendet, daß dieses Gesetz, die damalige Vorlage dem Verfassungsgesetze widerspreche. Und es wurde damals bestritten, daß es sich um ein Ermächtigungsgesetz handle, vielmehr wurde damals erklärt, daß die Abgaben schon durch das Gesetz selbst beschaffen werden. Es wäre uns viel angenehmer, wenn das Verfassungsgesetz uns die Möglichkeit bieten würde, nicht einen Erörterer oder Sachverständigen zu hören, ob das Verfassungsgesetz verletzt worden ist oder nicht, sondern wenn unsere Verfassungsurkunde die Möglichkeit bieten würde, zum Verfassungsgerichtshof zu gehen. Aber wir wissen ja, daß wir zum Verfassungsgerichtshof wiederum nur kommen können durch den Willen der Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft, nur dann kann eine Entscheidung provoziert werden. Sonst hat ja niemand das Recht, den Verfassungsgerichtshof in Anspruch zu nehmen, als eben die gesetzgebende Körperschaft selbst. Eine einzige Ausnahme besteht, wenn eine Verfügung durch den Staatsrath Ausschluß befaßt, dann ist der Verfassungsgerichtshof verpflichtet, zu entscheiden, ob diese Verfügung des Ständigen Ausschusses dem Verfassungsgesetz nicht widerspreche. Aber in dem Falle, wo wir behaupten, daß ein Verstoß des Verfassungsgesetzes schon durch das Gesetz vom 3. April 1925 begangen wurde, hat niemand anderer als die Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft die Möglichkeit, den Verfassungsgerichtshof anzurufen. Sie sehen also, daß man rechtlos ausgeliefert ist, auch nach dieser Richtung hin der Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft.

# Tagesneuigkeiten.

## Pfefferkuchen.

Der Ursprung der Bezeichnung „Pfefferkuchen“ ist schwer festzustellen. Tatsache ist ja, daß in gewissen Gegenden in den Teich, der aus Wehl und Honig hergestellt wird, auch ein wenig Pfeffer gemischt wird. Da der Pfefferkuchen englisch gingerbread (Ingwerbrot) heißt, ist anzunehmen, daß ganz allgemein zu ihm Gewürze hinzugegeben wurden, die man deutsch mit dem Sammelnamen Pfeffer bezeichnete. Diese Kuchen sind ein altes deutsches Gebäck, das in den verschiedensten Formen gebacken wird und überall um die Weihnachtszeit beliebt ist. In ihrer Zusammensetzung sind sie wohl eine Erinnerung an die Erträge des Jahres, doch mag ihnen wohl auch ein tieferer religiöser Sinn unterliegen, denn sie spielen auch zu anderen Gelegenheiten eine Rolle. Am Reinfesttag, 3. D. beschenkt man sich ebenfalls mit Pfefferkuchen, und die Wöchnerinnen bekamen in den rheinischen Gegenden bei ihrem ersten Kirchzuge solches Gebäck in Form von Kastentuchen. Man rief ihnen zu: „Küß die Hände der Keckung, Papperlösen an Kern lang.“ Die Wöchnerin mußte dann dem Glückwünschenden ein Stück Pfefferkuchen zuwerfen, und hieraus da versammelten sich in den Dörfern die Männer aus der Nähe der Wöchnerin und aßen Pfefferkuchen, die mit Zehnaps überzogen wurden. Bei diesem Brauche scheint es sich um eine Opfergabe zu handeln, die früher den Göttern dargebracht wurde. Ursprünglich erhielt dieses Gebäck durch eine blecherne Form, in der es hergestellt wurde, nur das Aussehen von Kastentuchen. Die heute gebräuchlichen Formen, wie Herzen usw., sind in späteren Zeiten aufgefunden und haben sich durch alle Wendungen des Zeitalters erhalten. In allen deutschen Landesteilen werden die Weihnachtspefferkuchen in den verschiedensten Gestalten gebacken. Selbst Pferde und Reiter werden aus dem Teige ausgebacken, und es dürfte kaum zweifelhaft sein, daß diese Gestalten auf den heiligen Nikolaus zu beziehen sind.

Kenntlich ist die Verwendung von Poesie auf den Pfefferkuchen, die auf den wägen, heute noch vorhandenen Weihnachtsmärkten feilgehalten werden. Aus dem Berliner Weihnachtsmarkt kann man allerlei spannerige Verse finden, die dem derben, primitiven Volkswitz entstammen. Da heißt es z. B.: „Am schönsten ist es auf der Welt, wenn Vater und Mutter Liebe hält.“ Auf einem andern Pfefferkuchen, der sicher darauf wartet, daß er einem Manne von seiner Frau geschmeißt wird, steht die Mahnung: „Lieber Mann, laß dich erreichen! Niemand will das Schicksal meiden.“ Wieder für eine andere Frau ist der Vers bestimmt, der dem Manne sagt: „Lieber Mann, ich sag's dir offen, komm mit nicht so oft befehlen.“ Der Mann aber erklärte: „Ob Zwiesel oder Bolle, du bist doch meine Alle.“ Wo der Mann endlich die nötige Weisheit erreicht hat, da sagt ihm die Frau durch einen anderen Pfefferkuchentext: „Oder, drumme nicht, der Rognal ist alle - Hauschlüssel gibst nicht! Ein in de Falle!“ Besonders beliebt jedoch ist der Pfefferkuchen als Liebesbote. „Post mit den ersten Anz gestohlen, kannst dir auch die andern holen“, ermuntert eine Maid ihren Liebsten. Dem Schüchternen sagt ein Berk: „Du bist verkehrt und willst's nur nicht bekennen. Man steht doch deines Herzens Mut durch deine Worte brennen.“ Der junge Mann wiederum verachtet sich vielleicht mit dem Kuchen, auf dem der Vers steht: „Ich hab' dein Bild im Traum gesehen. Da frant ich mir, im Bett zu sein.“ Während ein Unverheirateter auf solchem Kuchen sehr dröselig bemerkt: „Ein kleines Mädel, lieb und nett, ist besser als ein Floß im Bett“, mahnt eine Frau ihren Mann: „Lieber Mann, ich lieb dich sehr, nur fürchte mich des Nachts nicht mehr.“ So sagt auch die Pfefferkuchensprüche „durch die Plume“ monatel, was man sonst oft nicht ausdenken würde.

## Wieder eine Blutlat bei Bernstadt.

### Schlecht belohnte Gastfreundschaft.

In Schönau bei Bernstadt bewohnt der 57jährige Häusler Josef Kammel allein sein Anwesen. Kammel ist als gastfreundlich bekannt und immer und gerne bereit hilfsbedürftigen Menschen, so weit er kann, zu helfen. Am 8. d. wurde seine Gastfreundschaft von zwei toten, vollkommenen Subjekten schlecht belohnt.

Als am 9. d. M. in den frühen Morgenstunden eine Frau bei Kammel Milch abholen wollte, bot sich ihr beim Betreten der Stube ein furchtbarer Anblick. Kammel lag aus mehreren schweren Wunden blutend, inmitten großer Blutlachen bewußtlos beim Ofen. Verbeugelte Nachbarn hielten fest, daß Kammel überfallen und beraubt worden war. Die Verletzungen, von denen eine lebensgefährlich ist, rühren von einem dem Kammel geborigen Beil her, das blutbesiegt am Latortie gefunden wurde. In der Nähe des Ofens wurde ein Geldbetrag von etwa 150 Kronen gefunden, der offenbar von den Räubern verloren wurde. Kammel, der in schwerverletztem Zustande in das Teichner Krankenhaus eingeliefert wurde, hat an der Schwelbe eine tiefe, von dem Beil herührende Verletzung, die durch das Schwelben bis auf das Hirn reicht, eine 15 Zentimeter lange Wunde am Scheitel und mehrere, alle von Beilhieben herrührende kleinere Verletzungen. Nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus, gab er, zum Bewußtsein gebracht an, daß am 8. d. M. gegen 5 Uhr abends zwei junge Vurschen zu ihm gekommen seien, die er bewirtete. Nach gegenseitiger Gastfreundschaft fielen die Beiden über ihn her, es kam zu einem schweren Kampfe, in welchem Kammel unterlag. Die Beiden raubten dann einen größeren Geldbetrag — 2000 bis 3000 Kronen und verschwanden. Mehr kann Kammel nicht angeben. Die Gendarmerie hat

die Nachforschungen eingeleitet. In kurzer Zeit ist dies der zweite Raubüberfall, der sich um Bernstadt ereignete.

**Lawinenunglück auf dem St. Bernhard.** Dreißig Mönche und Novizen hatten Dienstag zur Übung des Eisfahrens einen Ausflug in der Richtung des Col de Fenestre an der italienisch-schweizerischen Grenze unternommen. Als sie am Fuße des Passes angelangt waren, ging ungefähr um 10 Uhr vormittags eine ungeheure Lawine von der Paghöhe nieder, erfasste fünf von ihnen und trug sie auf italienischer Seite fünf-hundert Meter ins Tal. Die Ueberlebenden machten sich sofort auf die Suche nach den Vermissten. Nach einer Stunde fieberhaften Arbeitens konnten sie die fünf Vermissten aus dem Schnee befreien. Zwei waren unversehrt, die drei andern waren schwer verletzt und bald erstirbt. Sie wurden sofort ins Krankenhaus übergeführt, konnten aber trotz künstlicher Atmungsversuche nicht gerettet werden. Die drei Vermissten sind Obdentsprünglinge aus der Schweiz.

**Ein Opfer des Radios.** In Paris kam neulich ganz aufgeregt ein Mann auf die Polizeiwache gestürzt und bat um Hilfe, in seiner Wohnung befänden sich Einbrecher. Er hatte nämlich, als er abends heimkehrte und die Wohnung aufschließen wollte, von drinnen her die gedämpfte Unterhaltung fremder Stimmen gehört. Als ein Polizeiaufgebot unter allen möglichen Vorsichtsmaßnahmen in die Wohnung eindrang, fand es in der Tat die Angaben des Mannes bestätigt, konnte aber trotzdem keine Diebe entdecken. Schließlich fand man den „Einbrecher“: es war der Radio-Lautsprecher, den sein Besitzer beim Verlassen der Wohnung vergessen hatte abzustellen und der nun pflichtgemäß einen Vortrag vom Cäcilienchor wieder-gab.

**Eine verunglückte Forschungs-Expedition.** Eine von dem amerikanischen Naturwissenschaftlichen Museum in New York ausgesandte Forschungs-Expedition in die Tiefen des Westafrikas unter Führung von Dr. R. V. Magoon und Dr. E. W. Mc Millan scheint einen Unglücksfall zum Opfer gefallen zu sein. Die Expedition, die durch unerforschte Teile Angolas, das sogenannte Okavango-Gebiet, ihren Weg genommen hat, ist an ihrem Bestimmungsort an der Westküste, obwohl schon mehrere Monate nach dem festgesetzten Termin vergangen sind, noch nicht eingetroffen. Von Eingeborenenstämmen des Angolas-Gebietes sind Nachrichten eingetroffen, wonach Dr. Mc Millan getötet und Dr. Magoon in hilflosem Zustande gefangen eines Negerstammes im Innern sei. Zwei Hilfs-Expeditionen sind ausgesandt worden, die eine von Elizabethville am Rongo und die andere von Groenfontein in Südafrika.

**Die gehörte Trauung.** Eine recht eigenartige Trauung wurde am Montag dem Brautpaar F. S. aus Dallwitz jüdel. Als es früh zur Trauung zur jetzigen Kirche kam, erwartete es dort eine frühere Geliebte des Brautigams mit einem Kinderwagen und dem dazugehörigen Kinde. Die verfallene Geliebte und auch deren Mutter begrüßten den Bräutigam nicht mit Schmeicheln. Beim Verlassen der Kirche dachte das Brautpaar vorsichtiger zu sein und verließ durch einen Seitenausgang die Kirche. Doch auch die Verfallene war auf ein solches Manöver gefaßt und erwartete am Seitenaus-gang das Brautpaar, dem Untretuen mit Zah und Pfeffer zu Beide riefen. Das Brautpaar flüchtete später vor der erregten Verfallenen in ein Haus, wohin diese auch folgte. Dort entwickelte sich dann zwischen den Dreien eine wilde Rauferei, der erst hinzukommende andere Leute ein Ende bereiten konnten.

**Der Sonntags-Geschäftsbetrieb vor Weihnachten.** Vom Magistrat der Stadt Prag wird mitgeteilt: Nach der Verordnung des Präsidenten der politischen Landesverwaltung in Prag vom 28. April 1924, Nr. 1633, ist der Geschäftsbetrieb in Groß-Prag vor Weihnachten nur an jenem Sonntag erlaubt, der dem heiligen Abend unmittelbar vorausgeht, das ist also heuer der 19. Dezember. Der Geschäftsbetrieb am Sonntag, den 12. Dezember, ist nicht erlaubt und diejenigen, die an diesem Tage etwa den Betrieb erhalten, würden empfindlich gestraft werden. — Wichtigzeitig teilt die Vereinigung der Handelsagenten in Böhmen mit, daß außerhalb des Prager Bezirkes der Geschäftsbetrieb sowohl am 12. als auch am 19. Dezember gestattet ist. — In der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb an den Sonntagen vor Weihnachten kommt die wirtschaftliche und politische Reaktion in einem Beispiel zum Ausdruck, das besonders für die Handelsagenten fühlbar ist und ihnen zeigen muß, daß sie mehr als bisher ihren Gewerkschaften sich anschließen und so deren erfolgreichen Kampf gegen die Ausbeutung führen müssen.

**Seife und Handtücher in den Jügen.** Die „Pr. Eida“ medet, beschäftigt das Eisenbahnministerium, in Personenzügen Automaten anzubringen, die gegen eine geringe Gebühr den Reisenden Seife und Handtücher zur Verfügung stellen.

**30 Todesopfer einer Schlagwetterkatastrophe.** Auf einer Grube im Südwesten des Staates Indiana ereignete sich eine Schlagwetterkatastrophe. Es wird befürchtet, daß mehr als 30 Bergleute dabei den Tod fanden.

**Widerung des amerikanischen Einwanderungsgesetzes.** Aus Washington wird gemeldet: Der republikanische Senator Jones hat eine Vorlage auf Wäderung des Einwanderungsgesetzes eingebracht. Studierende sollen zugelassen und die Naturalisierung unerlaubt Eingewanderten erleichtert werden.

# Die Wählerlisten sind anzulegen!

Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Dezember 1919, Zg. Nr. 663, über die ständigen Wählerverzeichnisse, sind in der Zeit vom 15. (freit) bis inklusive 22. Dezember 1926 (abends) in allen Gemeinden die Wählerverzeichnisse zur

## öffentlichen Einsichtnahme

anzulegen.

Die Wählerverzeichnisse sind in drei Ausfertigungen anzulegen:

In den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern mindestens durch 3 Stunden täglich;

In Gemeinden über 5000 Einwohnern mindestens 8 Stunden täglich, und zwar am Samstag auch in den Nachmittagsstunden und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr vormittags.

In Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern haben die Gemeindevorsteher während derselben achtstündigen Frist in jedem Hause ein Verzeichnis der in diesem Hause wohnenden Wähler (Hausliste) anzulegen zu lassen.

Alle im Wählerverzeichnis oder in der Hausliste nicht eingetragenen Wähler können in die Wählerliste hineinklamert werden. Bei Reklamationen sind die notwendigen Dokumente (Taufschein, Heiratschein, Aufenthaltbestätigung) beizufügen. Personen, welche das Wahlrecht nicht besitzen, aber trotzdem im Wählerverzeichnis eingetragen sind, können von jedem Wähler aus dem Verzeichnis herausgeklamert werden.

Auf alle Fälle ist für ein einwandfreies Wählerverzeichnis zu sorgen!

Die Mitglieder der Ortskommissionen haben die gehörige Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes über die ständigen Wählerverzeichnisse zu überwachen.

## Wähler ist

jeder eigenberechtigte tschechoslowakische Staatsbürger beiderlei Geschlechtes, welcher bis zum 15. Dezember 1926 das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat und seit dem 15. September 1926 in der Gemeinde wohnhaft, das heißt, behördlich angemeldet ist.

Das in der Zeit vom 15. bis 22. Dezember 1926 ausliegende und im Reklamationsverfahren richtiggestellte Wählerverzeichnis gilt für alle Wahlen, welche in der Zeit bis zur nächsten öffentlichen Auslegung des Wählerverzeichnisses durchgeführt werden.

Wer nicht im Wählerverzeichnis eingetragen ist, verliert sein Wahlrecht!

# Rundfunk für Alle!

## Programm für morgen, Sonntag.

Prag, 10. d. M. Rundfunkprogramm Sonntag, 10. Dezember 1926. 7.30 Uhr: Musikalische Sendung. 8.00 Uhr: Musikalische Sendung. 8.30 Uhr: Musikalische Sendung. 9.00 Uhr: Musikalische Sendung. 9.30 Uhr: Musikalische Sendung. 10.00 Uhr: Musikalische Sendung. 10.30 Uhr: Musikalische Sendung. 11.00 Uhr: Musikalische Sendung. 11.30 Uhr: Musikalische Sendung. 12.00 Uhr: Musikalische Sendung. 12.30 Uhr: Musikalische Sendung. 13.00 Uhr: Musikalische Sendung. 13.30 Uhr: Musikalische Sendung. 14.00 Uhr: Musikalische Sendung. 14.30 Uhr: Musikalische Sendung. 15.00 Uhr: Musikalische Sendung. 15.30 Uhr: Musikalische Sendung. 16.00 Uhr: Musikalische Sendung. 16.30 Uhr: Musikalische Sendung. 17.00 Uhr: Musikalische Sendung. 17.30 Uhr: Musikalische Sendung. 18.00 Uhr: Musikalische Sendung. 18.30 Uhr: Musikalische Sendung. 19.00 Uhr: Musikalische Sendung. 19.30 Uhr: Musikalische Sendung. 20.00 Uhr: Musikalische Sendung. 20.30 Uhr: Musikalische Sendung. 21.00 Uhr: Musikalische Sendung. 21.30 Uhr: Musikalische Sendung. 22.00 Uhr: Musikalische Sendung. 22.30 Uhr: Musikalische Sendung. 23.00 Uhr: Musikalische Sendung. 23.30 Uhr: Musikalische Sendung. 24.00 Uhr: Musikalische Sendung. 24.30 Uhr: Musikalische Sendung. 25.00 Uhr: Musikalische Sendung. 25.30 Uhr: Musikalische Sendung. 26.00 Uhr: Musikalische Sendung. 26.30 Uhr: Musikalische Sendung. 27.00 Uhr: Musikalische Sendung. 27.30 Uhr: Musikalische Sendung. 28.00 Uhr: Musikalische Sendung. 28.30 Uhr: Musikalische Sendung. 29.00 Uhr: Musikalische Sendung. 29.30 Uhr: Musikalische Sendung. 30.00 Uhr: Musikalische Sendung. 30.30 Uhr: Musikalische Sendung. 31.00 Uhr: Musikalische Sendung. 31.30 Uhr: Musikalische Sendung. 32.00 Uhr: Musikalische Sendung. 32.30 Uhr: Musikalische Sendung. 33.00 Uhr: Musikalische Sendung. 33.30 Uhr: Musikalische Sendung. 34.00 Uhr: Musikalische Sendung. 34.30 Uhr: Musikalische Sendung. 35.00 Uhr: Musikalische Sendung. 35.30 Uhr: Musikalische Sendung. 36.00 Uhr: Musikalische Sendung. 36.30 Uhr: Musikalische Sendung. 37.00 Uhr: Musikalische Sendung. 37.30 Uhr: Musikalische Sendung. 38.00 Uhr: Musikalische Sendung. 38.30 Uhr: Musikalische Sendung. 39.00 Uhr: Musikalische Sendung. 39.30 Uhr: Musikalische Sendung. 40.00 Uhr: Musikalische Sendung. 40.30 Uhr: Musikalische Sendung. 41.00 Uhr: Musikalische Sendung. 41.30 Uhr: Musikalische Sendung. 42.00 Uhr: Musikalische Sendung. 42.30 Uhr: Musikalische Sendung. 43.00 Uhr: Musikalische Sendung. 43.30 Uhr: Musikalische Sendung. 44.00 Uhr: Musikalische Sendung. 44.30 Uhr: Musikalische Sendung. 45.00 Uhr: Musikalische Sendung. 45.30 Uhr: Musikalische Sendung. 46.00 Uhr: Musikalische Sendung. 46.30 Uhr: Musikalische Sendung. 47.00 Uhr: Musikalische Sendung. 47.30 Uhr: Musikalische Sendung. 48.00 Uhr: Musikalische Sendung. 48.30 Uhr: Musikalische Sendung. 49.00 Uhr: Musikalische Sendung. 49.30 Uhr: Musikalische Sendung. 50.00 Uhr: Musikalische Sendung. 50.30 Uhr: Musikalische Sendung. 51.00 Uhr: Musikalische Sendung. 51.30 Uhr: Musikalische Sendung. 52.00 Uhr: Musikalische Sendung. 52.30 Uhr: Musikalische Sendung. 53.00 Uhr: Musikalische Sendung. 53.30 Uhr: Musikalische Sendung. 54.00 Uhr: Musikalische Sendung. 54.30 Uhr: Musikalische Sendung. 55.00 Uhr: Musikalische Sendung. 55.30 Uhr: Musikalische Sendung. 56.00 Uhr: Musikalische Sendung. 56.30 Uhr: Musikalische Sendung. 57.00 Uhr: Musikalische Sendung. 57.30 Uhr: Musikalische Sendung. 58.00 Uhr: Musikalische Sendung. 58.30 Uhr: Musikalische Sendung. 59.00 Uhr: Musikalische Sendung. 59.30 Uhr: Musikalische Sendung. 60.00 Uhr: Musikalische Sendung. 60.30 Uhr: Musikalische Sendung. 61.00 Uhr: Musikalische Sendung. 61.30 Uhr: Musikalische Sendung. 62.00 Uhr: Musikalische Sendung. 62.30 Uhr: Musikalische Sendung. 63.00 Uhr: Musikalische Sendung. 63.30 Uhr: Musikalische Sendung. 64.00 Uhr: Musikalische Sendung. 64.30 Uhr: Musikalische Sendung. 65.00 Uhr: Musikalische Sendung. 65.30 Uhr: Musikalische Sendung. 66.00 Uhr: Musikalische Sendung. 66.30 Uhr: Musikalische Sendung. 67.00 Uhr: Musikalische Sendung. 67.30 Uhr: Musikalische Sendung. 68.00 Uhr: Musikalische Sendung. 68.30 Uhr: Musikalische Sendung. 69.00 Uhr: Musikalische Sendung. 69.30 Uhr: Musikalische Sendung. 70.00 Uhr: Musikalische Sendung. 70.30 Uhr: Musikalische Sendung. 71.00 Uhr: Musikalische Sendung. 71.30 Uhr: Musikalische Sendung. 72.00 Uhr: Musikalische Sendung. 72.30 Uhr: Musikalische Sendung. 73.00 Uhr: Musikalische Sendung. 73.30 Uhr: Musikalische Sendung. 74.00 Uhr: Musikalische Sendung. 74.30 Uhr: Musikalische Sendung. 75.00 Uhr: Musikalische Sendung. 75.30 Uhr: Musikalische Sendung. 76.00 Uhr: Musikalische Sendung. 76.30 Uhr: Musikalische Sendung. 77.00 Uhr: Musikalische Sendung. 77.30 Uhr: Musikalische Sendung. 78.00 Uhr: Musikalische Sendung. 78.30 Uhr: Musikalische Sendung. 79.00 Uhr: Musikalische Sendung. 79.30 Uhr: Musikalische Sendung. 80.00 Uhr: Musikalische Sendung. 80.30 Uhr: Musikalische Sendung. 81.00 Uhr: Musikalische Sendung. 81.30 Uhr: Musikalische Sendung. 82.00 Uhr: Musikalische Sendung. 82.30 Uhr: Musikalische Sendung. 83.00 Uhr: Musikalische Sendung. 83.30 Uhr: Musikalische Sendung. 84.00 Uhr: Musikalische Sendung. 84.30 Uhr: Musikalische Sendung. 85.00 Uhr: Musikalische Sendung. 85.30 Uhr: Musikalische Sendung. 86.00 Uhr: Musikalische Sendung. 86.30 Uhr: Musikalische Sendung. 87.00 Uhr: Musikalische Sendung. 87.30 Uhr: Musikalische Sendung. 88.00 Uhr: Musikalische Sendung. 88.30 Uhr: Musikalische Sendung. 89.00 Uhr: Musikalische Sendung. 89.30 Uhr: Musikalische Sendung. 90.00 Uhr: Musikalische Sendung. 90.30 Uhr: Musikalische Sendung. 91.00 Uhr: Musikalische Sendung. 91.30 Uhr: Musikalische Sendung. 92.00 Uhr: Musikalische Sendung. 92.30 Uhr: Musikalische Sendung. 93.00 Uhr: Musikalische Sendung. 93.30 Uhr: Musikalische Sendung. 94.00 Uhr: Musikalische Sendung. 94.30 Uhr: Musikalische Sendung. 95.00 Uhr: Musikalische Sendung. 95.30 Uhr: Musikalische Sendung. 96.00 Uhr: Musikalische Sendung. 96.30 Uhr: Musikalische Sendung. 97.00 Uhr: Musikalische Sendung. 97.30 Uhr: Musikalische Sendung. 98.00 Uhr: Musikalische Sendung. 98.30 Uhr: Musikalische Sendung. 99.00 Uhr: Musikalische Sendung. 99.30 Uhr: Musikalische Sendung. 100.00 Uhr: Musikalische Sendung. 100.30 Uhr: Musikalische Sendung.

## Deutschland.

Spillgauerhäuser, 1300. 0. Uebertragung von Berlin. 14. Wagnersfeier 11.30. Tischmusik. 16.30. Nachmittagskonzert. 20. Meinhof. 21. Gullig. 22.30. Langenau. — Preußen. 22.8.30. Wagnersfeier. 23. Schumann. 11. Rastbach. 12. Wagnersfeier. 13. Wagnersfeier. 14.30. Wagnersfeier. 15.30. Wagnersfeier. 16.30. Wagnersfeier. 17. Wagnersfeier. 18. Wagnersfeier. 19. Wagnersfeier. 20. Wagnersfeier. 21. Wagnersfeier. 22. Wagnersfeier. 23. Wagnersfeier. 24. Wagnersfeier. 25. Wagnersfeier. 26. Wagnersfeier. 27. Wagnersfeier. 28. Wagnersfeier. 29. Wagnersfeier. 30. Wagnersfeier. 31. Wagnersfeier. 32. Wagnersfeier. 33. Wagnersfeier. 34. Wagnersfeier. 35. Wagnersfeier. 36. Wagnersfeier. 37. Wagnersfeier. 38. Wagnersfeier. 39. Wagnersfeier. 40. Wagnersfeier. 41. Wagnersfeier. 42. Wagnersfeier. 43. Wagnersfeier. 44. Wagnersfeier. 45. Wagnersfeier. 46. Wagnersfeier. 47. Wagnersfeier. 48. Wagnersfeier. 49. Wagnersfeier. 50. Wagnersfeier. 51. Wagnersfeier. 52. Wagnersfeier. 53. Wagnersfeier. 54. Wagnersfeier. 55. Wagnersfeier. 56. Wagnersfeier. 57. Wagnersfeier. 58. Wagnersfeier. 59. Wagnersfeier. 60. Wagnersfeier. 61. Wagnersfeier. 62. Wagnersfeier. 63. Wagnersfeier. 64. Wagnersfeier. 65. Wagnersfeier. 66. Wagnersfeier. 67. Wagnersfeier. 68. Wagnersfeier. 69. Wagnersfeier. 70. Wagnersfeier. 71. Wagnersfeier. 72. Wagnersfeier. 73. Wagnersfeier. 74. Wagnersfeier. 75. Wagnersfeier. 76. Wagnersfeier. 77. Wagnersfeier. 78. Wagnersfeier. 79. Wagnersfeier. 80. Wagnersfeier. 81. Wagnersfeier. 82. Wagnersfeier. 83. Wagnersfeier. 84. Wagnersfeier. 85. Wagnersfeier. 86. Wagnersfeier. 87. Wagnersfeier. 88. Wagnersfeier. 89. Wagnersfeier. 90. Wagnersfeier. 91. Wagnersfeier. 92. Wagnersfeier. 93. Wagnersfeier. 94. Wagnersfeier. 95. Wagnersfeier. 96. Wagnersfeier. 97. Wagnersfeier. 98. Wagnersfeier. 99. Wagnersfeier. 100. Wagnersfeier.

# Kleine Chronik.

## Das offene Fenster im Winter.

Wie man es und zu hört, soll es noch Leute geben, die sich vor dem Öffnen des Fensters scheuen. Unsere Väter und Vorfahren werden natürlich mit Gestrühten zurückweisen, etwa zu diesen Kongliden gehören zu lassen. Doch Hand auf! Wird es nicht so manchen geben, der zwar die warme Sommer- und Frühlingluft gern durchs offene Fenster in sein Zimmer strömen läßt, aber die Winterkälte — br!

Aber — hat denn noch niemand etwas vernommen von den Vieckären in unseren modernen Vagabundhäusern, die auch im Winter nicht unterbrochen werden, ja, die gerade die Winterluft als unerlässlichen Heilfaktor sich nutzbar machen? Und was den kranken Lungen heilung bringt, sollte es nicht auch dem gesunden Körper ganz besonders zuträglich sein?

Auch die Winterpartie, nachdem so die Erfahrung, daß ein gut Teil des wachstümlichen Einflusses ihrer körperlichen Bewegung nicht auf die selbst zurückzuführen sind, sondern auf Rechnung der Winterluft zu setzen ist. Hauptächlich beruht diese Wirkung wohl in dem Freiwerden von stehenden Luftmassen. Der ausgetriebene Sauerstoff des Sommers fehlt. Der veratmetende Mensch hat so wohl mechanische Beanspruchungen (Rauch) hinzugekommen, als auch chemische Verunreinigungen (Mordern). Krankheitskeime, die in der staubdurchdrungenen Sommerluft zu Milliarden enthalten sind, leben jetzt fast ganz —

Die Kälte, die mit der Winterluft durchs offene Fenster ins Zimmer dringt, wird mancher jauchern! Und die reinen Kohlen! Mit Verlust! Gerade der neuen Kohlen wegen soll man die Winterluft ins Zimmer lassen, nicht ihrer Kälte, aber ihrer Reinheit wegen. Zimmerluft ist immer unrein, man denke nur an die „Sonnenstrahlen“, die auf dem Wege eines ins Zimmer dringenden Sonnenstrahles ranzen! Es ist erklärungsbedürftig nachzuweisen und wissenschaftlich bestätigt, daß sich reine Zimmerluft bildet und darum reinlich, also mit weniger Kohlenstoff, erwärmen läßt, als die mit Staub und Ausdünstungen verunreinigte. Zum mindesten muß daher während des Heizens ein Fenster geöffnet werden. Außerdem empfiehlt es sich, mehrmals am Tage für einige Augenblicke Tür und Fenster zu öffnen, um durch den Zug die verbrauchte Zimmerluft möglichst schnell durch frische zu ersetzen. Man wird erstaunt sein, wie schnell sich die reine Luft wieder erwarmt, wie wenig man also unter der Kälte zu leiden hat. Während der Zeit nach dieser Lufterneuerung macht man einige Minuten Zielstimmungsübungen: sie werden unheimlich ermüdenden Lungen ganz besonders wohltun.

Ganz regelmäßig lassen die Schlafzimmerfenster offen stehen, um im Sommer, wenn in der Dämmerung Wärme die größte der Temperaturunterschiede zwischen Außenluft und Schlafzimmerluft ist, ein besseres Öffnenhalten des Fensters genügt, während der Wachenstunden. Denn bei großem Temperaturunterschied findet ein lebhafter Austausch der Luft statt, der noch in reichem Maße in natürlicher Weise durch die überall vorhandenen Tür- und Fensterritzen, durch den Ofen und durch die nicht mit Vorladung oder Lappen verklebten Böden des Zimmers eintritt. Im Zuge wird der wohltätige Einfluss der offenen Schlafzimmerfenster besonders groß sein, wenn diese nach Süden zu liegen; denn so die Sonne hinlänglich kommt der Luft nicht hin!

Wer gewohnt ist, ständig ein Kissen zu nehmen, der soll es auch im Winter tun, im Zimmer, geschützt vor Wind und Wetter, aber — bei offenem Fenster! Gese.

## Die Null-Epoche.

Von Felix Kleinmann.

Es war einmal ein Arbeitermann, der wollte gerne reich werden. Da ließ er sich von einem Professor der Nationalökonomie beraten. Der Professor sagte ihm:

„Dein Gewerbe besteht darin, daß du für Lohn Lasten beförderst. Pferd und Wagen sind deine Betriebsmittel. Jede Fahrt kostet Zeit. Nicht dein Pferd in der Zeit viel, so bringt es dir bald hohen Frachtpreis; zieht es in der Zeit wenig, so bringt es wenig Frachtpreis. Das Pferd fressen du fressen; je mehr es frisst, um so teurer kommt es dir zu stehen. Also seien die Wirtschaft: viel fressen und wenig fressen ist am vorteilhaftesten.“

Das arme Pferd bekam also sehr Stunden Arbeit und kaum eine Handvoll Hafer.

Dann hieß es der Schinder ab.

Es war einmal eine Industrie, die wollte gerne reich werden. Da ließ sie sich von den Professoren der Nationalökonomie beraten. Die Professoren sagten ihr:

„Das Wesen der Industrie besteht darin, Waren billig herzustellen und teure zu verkaufen. Je billiger die Herstellung ist und je höher der Verkaufspreis, um so größer ist der Gewinn. Und wenn der Verkaufspreis nicht zu erhöhen geht, dann kann aber immer noch der Lohn gedrückt werden.“

Da stürzte sich die Industrie auf den Arbeiter und zwang ihn, bis zum Umfallen zu arbeiten und fast nur von Margarine zu leben.

Wie nun der arme Teufel so wenig verdiente, konnte er fast nichts mehr einkaufen. Er sagte: „Die Ware ist mir zu teuer!“

Da beschloß man, die Ware billiger zu machen, indem man die Herstellungskosten durch noch mehr Lohnsenkung verbilligte.

Aber da konnte das unglückselige Arbeiterpaar noch viel weniger einkaufen gehen. Und auch die

Wehrdienstsperrige brachte den Lohnen wohl nicht recht hoch.

Es wurde so wenig gelohnt, daß jetzt die Industrie genötigt war, die Preise ständig zu erhöhen, denn wo der Umsatz gering ist, wo die Masse es nicht bringt, da muß dann aber das einzelne Stück tüchtig was einbringen.

Und um trotzdem mitten in der Teuerung noch billig sein zu können, sentie man nachmals den Lohn.

(Zunmer den Lohn, den armen, ausgepeinigten Lohn!)

So kam man zuletzt auf den Null-Mark-Lohn, auf den Gipfel der Billigkeit.

Damit kam aber auch der Arbeitmenschen auf Null Mark Einkommen, auf den tiefsten Kelleruntergrund der Kaufkraft.

Und damit gelangte endlich denn auch der Warenumsatz und die Beschäftigung in der Industrie auf eben diese selbige glückselige Null.

Das war die Null-Epoche.

In der allerersten Zeit dieser Null-Epoche hatten nur noch die Margarinefabriken und die Kartoffelbrotwerke („Volksgut S. m. d. S.“) zu tun. Und auch das nur durch Staatsaufträge.

Als dann kam der Schinder und holte den ganzen Vöbel ab mit samt den Gelehrten der Volkswirtschaft.

Der ganze Kram war wirklich reif dafür. Für den Schindanger.

# Der faszistische Gabilismus.

### Untaten der Grausamkeit und Bosheit.

Selten hat wohl die Geschichte in ihrem Geleite so kurzweiliges Material verwendet wie im faszistischen Italien. Das Regime wähnt, einen festen Zusammenhang herzustellen, eine soziale Einheit, und zerlegt alles, was den Rohstoff jedes sozialen Zusammenhanges, jeder sozialen Macht bildet. Das frampfste Anklammern einer Klasse an Macht und Geld, das sich in Italien seit nahezu fünf Jahren unter den Erdrummen des Bürgerkrieges vollzieht, wird in eine Anzahl von Klagen eingeteilt. Man denkt nun, wenn erst der papaver Mahnen fertig ist, werde sich das Bild ganz anders ausnehmen. Als ob das Wesen der Faschisten aus dem Inneren quassel. In der Gesamtheit des Faschismus hat der Rationalismus der Forderung und Rocco die Geschichtlichkeit der Vergangenheit, Gesehich ist, was Kommer, Staat und König funktionieren. Doch man aber nicht formelle Quellen der Gesehichlichkeit ihrem eigenen Selbst entfremdet und durch Gewalt vergriffen hat, das können den Faschismus ebensowenig, wie die inhaltliche Gesehichlichkeit der neuen Gesehichlichkeit hinlänglich. Bei Sonderregeln für Sonderinteressen gibt und die Ausführung der Anordnungen über Handlungen dieser Sonderinteressen überträgt, der erschicht kein Geles über alle, sondern nur ein Geles der wenigen gegen die vielen.

Glaubt man wirklich, daß die Organe der Gesehichlichkeit, die heute in Italien abfliegen, die Führung des Staates nicht annehmen? Bei den Verhältnissen sind die meisten Parte, von vielen Millionen zerstört worden. Der in dem Gemüßer „Il Popolo“ angeordnete Zauber wird auf nicht als drei Millionen ihre veranlassen. An Treviso hat man die Bräutigam des republikanischen Abgeordneten Bergamo verhaftet und teilweise verbrannt. Bei dem wüsten Verhörungsprozess kamen drei Partisanen ums Leben. In Mail befürwortete Kräfte mit chirurgisch behandelte Lungentuberkulose, also die alleischnen Fälle, Kranke, deren Kräftezustand diesem Nachspiel der

Wirk unter den Nordpöhlern. Amundsen hat seine Ehrenmitgliedschaft im nordpöhlischen Luftfahrerverein niedergelegt, weil dieser dem italienischen Teilnehmer am Nordpöhl, Oberst Robbe, die Erlaubnis gegeben hat, ein Buch über diesen Flug zu schreiben. Dadurch fühlt sich Amundsen in seinen Nachberechten verletzt, zumal Robbes Buch Angriffe gegen Amundsen wegen seiner Verdienste bei der Expedition enthält.

Grauenvoller Kindesmord. In Bönningstedt bei Altona wurde im Frühjahr in einem Brunnen die Leiche eines fünfjährigen Kindes gefunden. Der Vater des Kindes und eine mit ihm zusammenlebende Frau haben jetzt ein Geständnis abgelegt, das Kind getötet zu haben.

Ehefrauen gegen Spielklub. Der Waidburger Polizeipräsident hat drei Spielklubs gelöst, nachdem sich mehrere Ehefrauen über deren Spielbetrieb beschwerten hatten. Durch die Spielklubs der Ehefrauen waren die Familien teilweise in größte Not geraten.

Eine Kinderherde vom elektrischen Strom getötet. Auf dem Hofe einer Landwirtin in Zuchow bei Berlin entstand ein Erdschlag, der Stromleitungen über die Gasse der Stallung. Durch den elektrischen Strom wurden vier 18 Stück Kinder, zwölf Mischkühe sofort getötet, während die übrigen Tiere ungeschädigt werden mußten.

Attentate nicht gewachsen war. Viele Hunderte von Leuten der Opposition sind heute obdachlos, ihr Haus ist verbrannt oder gelüftet, ihre Werkstätten, ihre Bureaus, ihre Fabriken sind vernichtet.

Was seit dem 31. Oktober in Italien geschehen ist, das grüßt eine tiefe, abgrundtiefe Klust zwischen Bürger und Bürger. Auf dem Werke von Treviso hat man einen republikanischen Fabrikbesitzer aufgehängt, und der junge Mann dankt sein Leben nur dem Umstand, daß der Strid ihn. Die Schwere des Materials, nicht die Güte der Wunden hat ihn gerettet. In Mailand hat man den Direktor der dortigen Arbeitskammer, Brigati, aus seiner Wohnung geholt, ihm die Augen verbunden, ihn dann in eine Grube oder einen Keller geführt und „Geriat“ über ihn gehalten. Das Urteil lautete auf Erschießen in den Mägen. Dann hat man mit dem Opfer gespielt wie die Käse mit der Maus, hat mehrmals die Vorbereitungen zur Hinrichtung getroffen, um ihn dann allein zu lassen, anderthalb Tage lang, im Dunkeln, ohne Nahrung, ohne Schutz gegen Kälte. Nachher haben die Wichte Brigati mit Stodfäden schwer verlegt und ihn auf der Straße liegen gelassen. Seine ist er im Krankenhaus. Wie wenig die faszistische Grausamkeit mit wüßlicher Entrüstung zu tun hat, sieht man am besten an der frauenhässlichen Behandlung, die der Abgeordnete Nobili erlitten hat. In der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November befand er sich in einem Landhaus unweit von Lodi (Lombrien). Um zwei Uhr wurde die Familie durch Klagen geweckt: zwei Karabinieri fragten nach dem Abgeordneten und forderten ihn auf, ihnen in die Kaserne zu folgen. Nobili sparte anfangs, weil er einen faszistischen Anblick fürchtete. Ich ließ aber schließlich durch die Karabinieri bestimmen, den Leuten zu folgen. Die Karabinieri waren nur verkleidet, waren drücker, sie auf offene Land und leiteten ihn dort sieben Männern aus, die mit eisernen Stöcken und Sandädeln über ihn herfielen. Da schließlich hörte Nobili, wie einer zum andern

sagte: „Hole eine Fange, damit wir ihm die Augengründel anreichern.“ Darauf verlor er die Besinnung. Durch einen alten Schmeiß, kein der Gemieterte wieder zu sich; einer seiner Begleiter hatte ihm die brennende Fackelle auf die Augen gehalten! Im Krankenhaus wurde der Abgeordnete zunächst wegen des brennenden Schinderrückens behandelt; nun für die anderen Verletzungen ein Krankenhaus abgeholt und in das Gefängnis von Perugia übergeführt worden. Am nächsten wie kann man den Geist, der die Repressalien diesmal befehl hat, besser kennzeichnen als durch den Hinweis, daß auch die Wohnung des von den Faschisten ermordeten Abgeordneten Amendola in die en Tagen der Rache und Minderungsorgien verwüstet worden ist? Man muß dankbar sein, daß die Leiche des edlen Mannes französische Erde bedeckt; sonst hätte das Bad auch Hand gelegt an die Gabelte.

Und dieses Regime, dessen Schandtat auf dem Himmel stinkt wie Menschenmas, das nach Bestattung lechzt, wird durch die Geleie seines eigenen Seins auf seiner verruchten Bahn weitergerollt. Nachdem Italien die Wiege des Rechtes war, legt es alles darauf an, dessen Schindanger zu werden. Was am lebendigen Menschen gefordert wird, ist unerhört. Aber der Preis an dem, was größer ist als der Mensch, an dem, was die Menschheit an Normen und Idealen errungen hat, ist noch unerhört. Das Sondergericht wird nur aus Offizieren der Miliz gebildet, aus Leuten also, die Partei sind gegen den Gefangenen. Dieser darf sich einen Verteidiger wählen, aber der Gerichtspräsident kann ihn ablehnen, ohne dafür einen Grund angeben zu müssen. Der erste Vorsitzende wird jener General Graziano sein, der noch den Tagen von Carixet einen Infanteristen, weil er mit der Fackelle im Wunde an ihm befeuert war, aus den Reihen treten und auf der Stelle erschießen ließ. Der so Ermordete war ein Landwehrmann mit vier Kindern. Die einzige Bestimmung, die in gleicher Weise den ethischen Gefühl der Wehrheit wie dem der Faschisten genügt, ist die, die die Ausführung der Todesstrafe der faszistischen Miliz überträgt. So bleibt den Soldaten Italiens die Schmach erspart, als Henker ihrer Volksgenossen zu dienen, und die Leute der Miliz haben die Freude, auf Menschen schießen zu dürfen und dafür eine Extraverzütung zu beziehen. Die fideles Menschenjagd, die sich an jedes Attentat anschließt, wird für einige Belohnung der Miliz zum Dourzustand werden.

In Italien erfährt zwar der Fremde, dem gegenüber das Mißtrauen geringer ist, mehr als der Italiener. Immerhin oder fehlt auch in Italien, wie in jedem Regime, jede Möglichkeit einer Kontrolle sowohl auch der Fremde in Italien nicht, ob Claudio Treves verhaftet wurde oder in Frankreich in Sicherheit ist. Die kommunistischen Abgeordneten, die verhaftet sind, wurden schon vor der Kammer Sitzung verhaftet, um ihre Teilnahme zu verhindern. Die Einheitssozialisten und die Maximalisten — so Gonales, Gallani, Modigliani — verloren ihre Freiheit erst mit dem Parlamentsmandat. Entscheidend ist es — und eine unerschöpfliche Schuldigung der Gewalttäter gegen die Überwundenen —, daß jener Wicht Cassinelli, der als maximalistischer Abgeordneter gegen seine Partei die Anklage der Missetat an einem Attentat erhob, sein Mandat behalten durfte. Diese Auszeichnung hat er verdient, wie die Miliz das Verrecht, ihren Volksgenossen den Henker zu spielen. Es gibt nicht doch eine Remissio, die die Menschen zehnet nach ihrem Wert. Nur in es nicht jedermanns Sode, das Brandmal zu sehen.

„Arbeiter-Zeitung“

## Die Familie.

Erzählung von Erich Gysler.

Da sind wir heute er dann und mit einem es, als ob kein Blindsein von ihm gefallen wäre. Es klopfte gegen ein Tor.

Wer ist denn da draußen? brumme ein Wort. Der Zuschlichter konnten, dann sah ich, daß es das Himmelstör war, vor dem sie standen; denn Petrus hieß seinen Kopf herdar. Einmal von dem Wangen des Himmelstör drangte sich an ihm vorbei und fiel auf die Stühle, die immer noch am Arm dieses seltsamen Paates hingen.

Das Gelept ihr denn da hat Solymus herauf, murkte er durch. Dann hörte ich die Frau etwas wie eine Entschuldigung sprechen und sah wie der Himmelstör aufstieß.

Ja, da hört sich doch nun alles auf. Aber armen Sederich glaubt wohl, es ginge hier oben so arm zu, wie da unten, daß ihr eine Stühle gleich mitbringt? Und überhaupt, was wollt ihr mit solchen verfluchten Stühlen? Das wäre ja die reine Beleidigung für den lieben Gott, wenn ich euch mit denen hier herein ließe.

Es sind doch die Stühle vom Direktor Kerkel. Wir hatten sie gerade zum Ausstellen als wir.

So, so ihr warti doch in laus eure Arbeit fertig zu machen und dadi eine Linnel verdrückt. Do ho das wird ja immer unverständlicher. Was soll denn der da unten denken, wenn ihr mit den Stühlen nicht wiederkommt?

Der beiden sahen sich verlegen an. Dann loge die Frau: Der ist reich genug und wird es bald werden.

Das wird ja immer besser. Was meint ihr denn, wenn der eines Tages hier oben ankommt und sieht euch mit eurer Arbeit her, herumliegen? Was der dem Herrgott für Vorwürfe

macht, worch ob, nicht nichts, Zeit zu, wo ihr hier. Geseh in Geseh, und Geseh verpflichtet euch, übernommene Arbeit auszuführen und rechtzeitig abzuliefern. Damit warf er das Himmelstör zu, daß es frachte.

Die Familie aber, hungrig und müde, dabei erfüllt von einer großen Enttäuschung, die vielleicht die größte ihres Lebens war, denn sie waren immer fruchtig gewesen und hatten die Kirche sogar außer den hohen Forderungen beachtet, konnten nichts zu tun, als sich vor den Türen des Himmelstör auf ihre Stühle zu legen.

Wie lange sie so saßen weiß ich nicht. Plötzlich erkante eine Stimme: Hallo, anstehen! Man muß ja meinen, hier will man bis zum nächsten Tag schlafen. Ein tiefes Dröhnen erklang, Petrus rief mich ich mir ausdenken, was nun hoch kommen würde, da schien es mir, als ob der Herr mir geoffen hätte. Ich machte die Augen auf und gah, bis in den hellen Tag hinein habe ich geträumt. Ich sah zur Uhr. Nur aber schnell, dachte ich und hatte alles Verborgene schon veroffen.

Wie man nur so träumen kann. Dann ging ich meiner Beschäftigung nach. Der späte Nachmittag führte mich in die Gegend, in der ich gewöhnlich die Stuhlflechterfamilie verabschieden sah.

Vor einem Hause hatten sich Menschen angehaumelt. Ich drängte mich zwischen die Fremden. Was ist denn hier los? fragte ich die Umstehenden.

Da hat sich einer die Treppe runtergehängt. Sie hatte eine Ahnung und betrat das Haus. Vor mir her trugen zwei Männer den Körper des Vermissten die Treppe hoch. Ober vor der Tür einer Bodenlampe machten sie Halt. Die ich heraufkam, kamen sie mir schon wieder entgegen.

Ja, der hat's überstanden, hörte ich einen sagen.

Es war auch besser für ihn, denn trat ich in die Stube. Nie im Leben sah ich so viel Grauen zwischen vier Wänden gedrängt.

Nie so viel Elend.

Da lag die Stuhlflechterin mit offenem Bein auf dem einzigen Bett des Raumes. Mir weit aufgerissenen Augen starrte sie gegen die verstaubte Decke der Stube. Ihr zu Füßen ein totes Kind. Aben Geseh hatte man auf den Tisch gelegt. Seine Nase hingen herunter. Es schien, als seien sie nicht so gebrochen. Aber auch am Kopf hatte eine große Wunde, aus der das Blut in die Stille der Stube kam, wie das Tiden einer Uhr, die hier zu stehen schien.

Mir war es, als hätte ich jemanden anmerkt und hoffe schon, die Frau sei noch am Leben. Ich trat näher. Es schien nicht glaublich. Da begegnete ich den Häcker: Blut des Kindes. Es schien noch gar nicht beirren zu haben, daß es eine Waise war, und trüb mit unbeholfenen Bemühungen aus der Ecke des Zimmers heraus, in der es erschlagen hatte. Als es den Toten auf dem Tische liegen sah, rannte es fort. Ich hörte es im Hausflur schreien.

Dann ging ich hier war niemand mehr, denn man helfen konnte. Ebe ich die Türe schloß, sah ich noch nach den Stühlen. Sie waren nicht mehr da.

Seder hat der Wunde sie noch fertig machen können. Sederich hatte er mit dem Gelde einen Arzt bezohlen wollen und fand eine Frau tot, als er zurückkam. Nebenfall hatte er keine Macht gelost, che ich in den Tod stürzte. Ich dachte an meinen Traum und konnte ein Gedächtnis nicht unterdrücken. Nur wurde man sie wohl einlassen. Aber wer weiß, ob man ihnen nicht doch noch einen Teil zu dreien verliert aus der Tatsache, daß sie in Mail allein zurückließen.

Seder ist so etwas nicht.

### Der Film.

**Panama**, ein Bühnenstück von Francis Lario, wird unter der Regie von Marcel Desbrier mit Jacques Carlatine und dem russischen Schauspieler Nikolai Kostoff in den Hauptrollen auf die Leinwand gebracht werden.

**Stefan Zweig im Film.** Die bekannte Novelle von Stefan Zweig „Der Amokläufer“ wird unter der Regie eines der besten Bühnenregisseure, P. Blaud, in Merano von der Gesellschaft des Filmvereins dargestellt werden.

**Eine jüdische Filmgesellschaft.** In Amerika hat sich eine jüdische Filmgesellschaft gebildet, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, jährlich sechs Filme mit jüdischen Charakteren heranzustellen. In Amerika gibt es etwa 300 Klubs in rein jüdischen Stadtvierteln, deren Bedarf man decken will.

**Der bekannte Schweiß-Film** wurde in Port-au-Prince von der dortigen christlichen Landesregierung verboten.

**Ein medizinisches Filmdrama** über Krankheiten der Mägen, Niere, Strömungsstörungen, Gicht, Lebererkrankungen, Arbeitserkrankungen, ist in Überarbeitung und für die nächsten Monate fertiggestellt.

**Rozin Gorki**, der bedeutende russische Schriftsteller, hat sich nun auch dem Film verschrieben. Er hat ein Filmanuskript unter dem Titel „Der Schwanz des Springers“ fertiggestellt.

**Das Mädchen ohne Heimat** wird ein neuer deutscher Film lauten, in dem Jenny Holzerquitt und Henry Stuart die Hauptrollen haben werden.

**Keine Tante — Deine Tante** bestellt sich der nächste Henry Porten-Film, den die Carl-Friedrich-Produktion drehen wird. Henry Portens Partner ist Angelo Ferrari.

**Mitteilung aus dem Publikum.**  
**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**  
Graben 25, Kl. Botar



### Volkswirtschaft.

#### Die Verdrängung des qualifizierten Arbeiters im Baugewerbe.

Durch die Einführung von Maschinen und neuen Arbeitsweisen in verschiedenen Industriezweigen wird der qualifizierte (gelernte) Arbeiter immer mehr überflüssig, der Hilfsarbeiter kann ihn in der Arbeit vielfach ersetzen. Wie sieht das im Baugewerbe aus? In jeder nachfolgenden Ausführung des „Bauarbeiters“ (Prag):

Der Zimmermann, der noch vor zwei Jahrzehnten in derselben Anzahl, wie der Maurer, vorhanden war und im Arbeitsprozeß benötigt wurde, wird langsam auf das Aussterben geleitet, und der Maurer, wenn auch seine Verdrängung bedeutend langsamer vor sich geht, muß ihm folgen. An die Stelle der gelernten Arbeiter im Baugewerbe tritt ein neuer, ungelehrter Beruf der Betonarbeiter, in dem schon derzeit, noch bevor im allgemeinen ruffähigen Arbeitsmethoden bei uns, bereits Tausende von Arbeitern beschäftigt werden. Wenn im Baugewerbe der ungelehrte Arbeiter noch nicht jene Rolle spielt, wie in allen anderen Berufen, wenn die Ausbildung des gelernten Arbeiters hier langsamer vor sich geht, so nur deshalb, da es der Technik im Bauwesen noch nicht gelungen ist, die menschliche Arbeit durch mechanische in ihrem Maße zu ersetzen, wie es in allen anderen Berufszweigen bereits geschehen ist. Aber der Einzug des Betonbauers im Baugewerbe eröffnet trotz alledem den Sozialisten neue Perspektiven der Ausbreitung und macht es auch hier möglich, den gelernten Arbeiter Schritt für Schritt zu verdrängen und die bisherige Arbeitsmethode von Grund auf umzuändern.

**Die immer gewinnen.** Aus Paris wird uns berichtet: Zur Inflationszeit, da der Frank täglich fiel, ging es niemandem besser als den Großbanken und der Großindustrie. Während Frankreich selbst immer mehr ausgepowert wurde, wuchs der Reichtum der Großbanken und Großindustriellen ins Ungewöhnliche. Sie wurden nicht nur die Herren alles Geldes sondern auch die Herren des Landes die nach Belieben Regierungen kürzten und orderte gaben. Doch nun kommt die Zeit der Zuhilfenahme der großen Bank, wie sie Gallaur predigte, Stoduna der Produktion, Stoduna des Handels, keine Kreditgeschäfte, keine Finanzierungen, keine Vorweggewinne. Und die Leute trösten sich damit, daß man sich ruhig auch weiter der Führung der Großbanken und Großindustriellen überlassen dürfe, denn ihr Interesse ist doch das unsere, sie werden sich darauf achten, daß man uns nicht zu Grunde richtet, weil damit auch sie zu Grunde gehen müssen. Vergessen predigt man hier den Mittelstufen, daß ihre Interesse dem der Großbanken und der Großindustrie entgegensteht. Sie laufen doch mit ihnen und lassen sich von ihnen im Rücken führen. Schon lange erfinden jedoch ein oder zwei „Wissenschaftler“ die Großindustrie und mit ihr die Hochfinanz „sozialistische“ in ihren Aussagen unterdrücken, weil sie hoffen, bei der Krise, die die Aufmerksamkeit des Publikums mit sich bringen muß, eine Reihe der verschiedensten mittelgroßen Unternehmungen treffen zu können. Doch die solches getan wurden von der Presse der Hochfinanz und der Großindustrie als Verleumdung erklärt. Nun aber kann man in dem jüngsten Rechenschaftsbericht der französischen Gruppe der Gesellschaft Schneider in Geneser die Bestätigung hierfür finden, trotz aller Gewinne die die Gesellschaft im abgelaufenen Rechnungsjahre gemacht hat, verteilt sie keinen Heller Dividende mit folgender Begründung: „Der wichtigste Grund ist, daß wir unsere disponiblen Gelder nicht verringern wollen. Wir sehen in anderen Ländern zu Folge der Krisis gewisse Umstrukturierungen, ja Konzentrationen der Unternehmungen ein und derselben Industriezweige. Wenn sich bei uns in Frankreich eine ähnliche Notwendigkeit ergeben sollte, müssen wir uns bereit sein, jene Rolle zu spielen, die uns unsere Lage in der vordersten Reihe der Industrie gebietet.“ Die großen Fische machen sich also schon bereit, die kleinen und mittleren Fische zu fressen.

Und wie in der Industrie geht auch im Baugewerbe. Der Kapitalkonzentration zu Ehren, die im bisherigen Kleinbürgerlichen Frankreich nur erst geringe Fortschritte gemacht, wird in Frankreich endlich auch Frankreich für den marxistischen Sozialismus reif machen, von dem bisher viele gute französische Sozialisten nichts wußten und auch nichts wissen wollten.

#### Ungleichheit im Bergbau.

##### Ungleiches Vorgehen der Revierbergämter.

##### Interpellation des Gen. Pohl im Abgeordnetenhaus.

Zeit längerer Zeit verlangen die Revierbergämter von den Betriebsleitungen Bergwerksbetriebe der Mannschaften und Aufsichtspersonen auf den Schächten, geordnet nach Nationalität der Belegschaften.

Wie die Erfahrung beweist, geschieht die Erhebung zu dem Zwecke, um das nordwestdeutsche Braunkohlenrevier zu beschleunigen, das heißt, die Deutschen immer mehr zu verdrängen. Das Revierbergamt Tepitz-Schönbach hat mit Erlaß vom 4. September, Jahr 1920, den Betriebsleitungen seines Amtsgebietes aufgetragen, zum Zwecke der Erhebung von 1. August, im Vergleich der Mannschaften und Aufsichtspersonen, die am Werke beschäftigt sind, getrennt nach Nationalität, einzulegen.

Weiter leisten die Betriebsleitungen diesem im Gesetze nicht begründeten Auftrage Folge.

Abg. Gen. Pohl hat daher im Abgeordnetenhaus die folgenden Fragen an den Minister für öffentliche Arbeiten gerichtet:

1. Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen die Revierbergämter oder andere Bergbehörden den Betriebsleitungen solche Aufträge erteilen?
2. Sollziehen die Revierbergämter diesen Auftrag auf Grund eigenen Ermessens oder über Auftrag einer höheren Instanz (Berghauptmannschaft, Arbeitsministerium)?
3. Welchem Zwecke dienen die Erhebungen, bzw. in welchem Zwecke werden die Ergebnisse der Feststellungen der nationalen Zusammenfassungen der Belegschaften und Aufsichtspersonen verwendet?
4. Ist es richtig, daß die diesbezüglichen Erhebungsdaten der „Rozodni Severočeska Jednota“, bzw. ihren Organen oder Vertrauensleuten zugänglich gemacht werden?
5. Ist dem Herrn Minister für öffentliche Arbeiten bekannt, daß durch die im Gesetze nicht begründete Tätigkeit der Revierbergämter die übrige Tätigkeit dieser Ämter leidet, daß insbesondere ihr Inspektions- und Erhebungsamt, dessen Mangel sonst im allgemeinen mit der Überbürdung und mit Mangel an Beamten begründet wird, während die Revierbergämter zu dieser im Gesetze nicht begründeten Tätigkeit schenken genug Zeit und Beamte besitzen. Will der Herr Minister diesen Widerspruch aufklären und rechtfertigen?
6. Ist dem Herrn Minister bekannt, daß die koalitierten Bergarbeiterverbände schon seit vielen Jahren, gemäß § 19 des Betriebsvertragsgesetzes die Einführung partieller Zwangsarbeitsvermittlungsausschüssen fordern, die infolge passivem Verhalten der Behörden nicht eingeführt, während hier sichtbar die Revierbergämter die Aufträge einer einseitigen unbefangenen Arbeitsvermittlung erfüllen, bzw. mißbraucht werden?
7. Ist der Herr Minister aus allen diesen Gründen bereit, zu veranlassen, daß die Revierbergämter und andere Bergbehörden nur die im Gesetze selbst zugewiesene Tätigkeit ausüben und bereit dafür zu sorgen, daß sie diese im Gesetze nicht vorgesehene Tätigkeit der Erhebungen über die nationale Zusammenfassung der Belegschaften eingestellt wird?
8. Ist der Herr Minister endlich bereit, den gelegentlichen Körperschaften ebenfalls einen Gesetzentwurf auf Einführung von partiellen Zwangsarbeitsvermittlungsausschüssen im Bergbau im Sinne des § 19 des Betriebsvertragsgesetzes vorzulegen?

### Kunst und Wissen.

#### Neue Wege der tschechischen Bühne.

„Hamlet“ im Nationaltheater.

Ueber der Bühne des tschechischen Nationaltheaters steht: „Károld Jobst“, das heißt: „Das Volk dem Volke!“ Unten auf der Bühne (oben bei „Hamlet“ ein besserer Versuch zu herrschen: Károld Jobst, das heißt: das Volk der ganzen Welt! Und so konnte man in Hilars Hamletinszenierung den Widerstreit dieser beiden Welten erkennen. Die Theaterkunst der Vöcher, abgesehen von den herrlichen Ausstattungen, war früher zu sehr national beschränkt, für fremde Begriffe zu parochial, zu nationalistisch, zu wenig dramatisch. Hilars hat in vielen Beziehungen einen Kompromiß eingegangen, wenn es ihm auch nicht ganz gelungen ist, dieser österreichischen Deklamationsweise Herr zu werden, so hat er doch sehr viel erreicht (besonders beim König (Hydra), Polonius (Kasilius) und den Totengräbern) und ihm gebührt das Verdienst, alle Teilnehmende der letzten Zeit zu einem Ganzen verknüpfen und einen Weg ins Internationale gefunden zu haben. Die Ausstattung war gut und modern, jedoch nicht original, was sie ja nicht sein sollte, denn in ihrem Programm lagen die Tischen zu Hamlet: Hier wurden die Resultate der letzten Jahre zusammengefaßt. Bühnenmaler E. Hoffmann hatte für die Széneheit der Bilder gesorgt und Hilars Regie-Ideen (im Spiel und Bild günstig von Jänner beeinflusst) strafften das Spiel, legten Szenen zusammen, stilisierten alle Charaktereigenschaften so geschickt, daß selbst bei den großen Aufzügen (Festlichkeiten, Aufführung des Schauspiels und Festspiele zum Schluß) nie mehr wie zehn Personen zu sehen waren! Sehr zum Nutzen des Stückes!!! Wo lag aber die Eigenart Hilars? In einer Art Mischel, der sich sowohl in der Ausstattung, als auch im Spiel zeigte! Die Herren hatten teilweise Widerwärtigkeiten an, darüber mittelalterliche Phantasiebilder — König und Oberkammerer Polonius wirkten mit ihren Orden und Schürzen wie Erzherzöge aus der Zeit des Vormars. Die Frauen trugen farbige Kleider, die kombiniert mit dem Übermeisterstil. Und das ist eine Konzeption an unser neues tschechisches Empfinden, wie das ganze Wiederwärtigkeit, auch das der Möbel durchaus modernisiert war und in jeder Mischelbehandlung aufzutreiben gewesen wäre. Vor zehn bis fünfzehn Jahren wäre Hamlet im alten, historischen Gewand gespielt worden — ohne Rücksicht auf das gegenwärtige Leben — in England und Amerika hat man ihn jetzt ganz in modernem Gewand gesehen — um dem gealterten, aber noch immer lebenden Werk zu helfen; es zu verjüngern, das war doch ein zu großem Verstoß! Auch Zsoltpeare spielte Hamlet im Kleid seiner Gegenwart — man sah einfach Zsoltpeare an: Dolche, Kapptrommel, Mäntel — man deutete die Kulissen an, das genügte. Dasselbe tut Hilars: Kulissen, Mäntel, Dolche, Dolche sind bloße Andeutungen, bloße Symbole, darunter aber nicht mehr moderner Schmuck an, sondern Übermeistertracht — die Tracht einer Zeit, in der die griechen Hamletdarsteller weniger dünk sein waren als heute! Er mißversteht in den Szenen nicht ein oft bewundernswürdiges Naturalismus mit stilistischem (wenn der Totengräber die Erde im Grabe aufhakt, Totenschädel herauswirft — und einem die Gräßlichkeit von Hamlets Stöhnen klar wird — uff) und auch im Spiel der Schauspieler: Polonius (Kasilius) spielt ganz unpropäditisch, reiz die Zuschauer durch seine Komik zum Lachen, der König (Hydra) erschauern durch seine auf dem tschechischen Theater bis jetzt noch nie gehörte Rührtheit und Wirklichkeitsmalerei — so wird durch die Sparsamkeit seiner Gesten und Ausdrücke — neue Töne!! Rohout, der Darsteller des Hamlet, ist für Nichtschönen zu gesund — auch nicht ganz frei vom alten Pathos, doch bringt ihm oft tiefer Schmerz und seine für das alte tschechische Theater überraschende Dramatik eine derartige Spannung in das Stück, daß man unruhig und gespannt das so bekannte Ende von Hamlet erwartet. Frau Dostolova reizt mit Rohout den Ruhm einer dramatischen Leistung — einer schönen Leistung. Frau Kronauerova als Hamlets Geliebte Ophelia: etwas zu gelanghaft, darüber hinaus: erschütternd! Derzig und so alt — Man merkte, wie auch alle übrigen herzhast um diese neue dramatische Auffassung kämpften, wie es ihnen da und dort gelang oder mißlang: es war ein bedeutender Abend. Abgesehen von den Fehlern, ist es den Tischen gerade durch diese Zeitrichtungen, durch diese Vantheit an neuen, kühnen, stilistischen und nationalen Eindrücken gelungen, die Vantheit der tschechischen Werke zu erreichen, die irgendwo den Tropfen Komödiantenblutes, der in jeder Kabarettzene, in jeder Revue steht, wie verlegenen Farnen, und das ist das unbestrittene Verdienst des Regisseurs Hilars.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.**  
Samstag, 7 Uhr: „Ich und Du“ (31-3).  
Sonntag, 11 Uhr: Singverein: 2 1/2 Uhr, Arbeiter-Vorstellung: „Konjert“; 7 Uhr: „Die Nacht des Schicksals“  
**Spielplan der Kleinen Bühne.** Samstag: „Raj oder Schrift“ — Sonntag, 3 Uhr: „Keine entzückende Frau“; 7 1/2 Uhr: „Verbrochene Letter“ — Montag: „Reiner Tisch“  
**Genossen!**  
**Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!**  
Herausgeber Dr. Ludwig Giesch.  
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert.  
Druck: Deutsche Verlags-A.G. Prag.  
Für den Druck verantwortlich: D. Jozil.

### Aus der Partei.

#### Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Dienstag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr im Feineisale in Weinberge, Jochova,

#### Lichtbilder-Vortrag

Zur Vorführung gelangt:  
**Der Krieg der Zukunft**  
und  
**Das Motiv der Arbeit in der Malerei.**

Beide Themen sind äußerst interessant und wird deshalb ein zahlreicher Besuch gebeten.

**Veranstaltung Klubno-Krochlab.** In der tschechischen Generalversammlung wurden folgende Genossen als Funktionäre gewählt: Josef Schmidt, Vertrauensmann; Franz Hinte, Stellv.; Karl Hauslein, Schriftführer; Franz Koutny, Stellv.; Johann Schiff, Kassier; Josef Sednik, Stellv.; Franz Dogenhofer, Adolf Staff und Josef Aler, Beisitzer; Adolf Staff und Wenzel Sedlades, Revisoren; Heinrich Ederhuber, Rudolf Hinte, Bibliothekar. — Sämtliche Zuschriften sind an Genossen Josef Schmidt, Klubno, Břichova Nr. 777, zu richten.

**Jugendbewegung.**  
S. J., Prag, Mittwoch, den 15. Dezember im Verein deutscher Arbeiter, Smochy 27, um 8 Uhr abends Generalversammlung. Es ist Pflicht aller Jugendgenossen, pünktlich und bestimmt zu erscheinen. Gäste herzlich willkommen.

### Turnen und Sport.

**Wintersport.** Am 1. und 2. Jänner 1927 findet in Gellings-Altenberg das Kreis-Wintersportfest des IV. tschechischen Kreises statt. Unsere Arbeiterturner müssen sich daran als Wettkämpfer und als Gäste beteiligen. Jene Wettkämpfer, die bis jetzt noch nicht gemeldet sind, sollen ihre Meldungen sofort an Genossen Richard Rejzner, Lehrer in Dobruška a. G., senden. Ebenso sind alle Quartieranforderungen, auch die der Gäste, bekanntzugeben.



**CORONA**  
neues Modell  
**mit Radschaltung**  
hat sämtliche Vorteile großer  
Bureaumachines und dazu noch  
die Vorteile der Billigkeit und  
Übertragbarkeit.  
**GIBIAN & Co.,**  
Prag II., Lucerna. Teleph. 29823-24.

**NW&K WOLLGARNE**

**SPORTWOLLEN**  
**Matador**  
**Alpa**  
**Gisela**  
**Ariadne**

führend in Güte u. Farben

Überall erhältlich. Auf Wunsch Bezugswollen-Nachweis durch Neudecker Wollkammerlei & Kammgarnspinnerei A.G. in Neudek.